

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

111 (15.5.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postcheckkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gess & Cie., Karlsruhe.

Die Angst vor dem Frieden.

Die Patriotpatronen zweier Vaterländer sind wieder einmal einig. Deutsche Rüstungsheer und französische Schabwinisten finden sich brüderlich zusammen in der Überzeugung, daß die interparlamentarische Konferenz von Bern eine Schmach und Schande ohne gleichen und nebenbei auch ein ganz lächerliches Unternehmen gewesen sei. Den bürgerlichen Abgeordneten von hüben und drüben, die an der Konferenz teilgenommen, wird bestätigt, daß sie den bösen Sozialdemokraten ins Garn gegangen und ein höchst würdeloses, äußerst antinationales Benehmen an den Tag gelegt hätten. Kurz und gut, etwas Schlimmeres als die Berner Konferenz hätte den preussischen Säbelhähnen und den französischen Eisenfressern nicht passieren können. Aber geteilter Schmerz ist halber Schmerz, und so tröstet man sich gegenseitig, indem man einander versichert, daß die Konferenz ja doch ganz ohne Bedeutung sei. Man wird sich weiter gegenseitig beschimpfen und verleumden dürfen, weiter gegeneinander netztrüben und wird am Ende doch eines Tages das unansprechliche Glück genießen, einander massakrieren zu können.

Der verbrecherische Stumpfsinn des nationalitätlichen Antipatriotismus hat nie eine jämmerlichere Rolle gespielt als angeht das große geschichtliche Ereignis von Bern. Ein Unternehmen, das den jubelnden Beifall der ganzen Kulturwelt findet, das in Millionen Herzen freudigen Widerhall erregt und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft aufrichtet, wird von ein paar stupiden Faselhähnen in ohnmächtiger Wut begeistert und mit Schmutz beworfen. Mit Recht fühlen sich diese erbärmlichen Wesellen durch jene gewaltige Kundgebung deutsch-französischen Friedenswillens entlarvt, beschämt, erniedrigt und, was für sie noch schwerer wiegt, in ihren Geschäftsinteressen arg bedroht. Ihnen fehlt die Würde, ihre schwere Niederlage mit Fassung zu ertragen und zum hübschen Spiel gute Miene zu machen. So heulen und wehklagen sie drauf los ohne Scham und Scheu, ohne zu bedenken, welches Schauspiel sie damit der Welt bieten. Wer da höhnt und verleumdet, wer da schimpft und zetert, wie zwei Vögel im Begriffe stehen, einander zur Versöhnung die Hand zu reichen, der spricht damit sein eigenes moralisches Todesurteil.

Die französische Rüstungsindustrie hat richtig herausgefunden, daß die Berner Konferenz eine antipatriotische Intrigue war, eingeleitet von dem alten Vaterlandsverräter Jaures, um dem Gesetzentwurf über die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit den Hals zu brechen. Und mit dem gleichen Eifer versuchen die deutschen Teilhaber des internationalen Rüstungsgeschäfts, daß es sich um einen vertwegenen Vortritt der deutschen Sozialdemokratie gegen die deutsche Militärvorlage handle. Die Beschuldigten beider Länder sind vollkommen geständig. Ja, nach der Meinung der deutschen wie der französischen Sozialdemokratie wäre der Erfolg der Berner Konferenz noch unergleichlich schöner und größer gewesen, wenn es dort gelungen wäre, die beiden Parlamente zu gemeinsamem geschlossenem Widerstand gegen die beiderseitigen Rüstungsvorlagen zu vereinen. Dann wären in Deutschland jährlich 63 000 Söhne des Volkes weniger, als jetzt beschlachtet ist, in die Kaserne gesteckt worden, dann wäre den Franzosen die militärische Dreijährsklaverei erspart geblieben, dann wäre aber auch der Friede zwischen Deutschland und Frankreich für alle absehbare Zeit gesichert, die Niederlage der Kriegs- und Rüstungsheer beseitigt worden.

Diese letzte Katastrophe ist dem gemeinsamen Feind beider Völker diesmal noch erspart geblieben. Trotzdem fühlt er es: die Friedensgefahr wächst, die Verständigungsnot nimmt überhand, die Aussichten auf ein neues großes Völkerschicksal vermindern sich, und in absehbarer Zeit wird das Rüstungskapital vielleicht jeder Gelegenheit beraubt sein, den deutsch-französischen Gegensatz noch weiter zum Geschäftsvorteil auszunutzen. Und darum fällt man weitend über die bürgerlichen Politiker her, die an der Konferenz teilgenommen und damit, wie man sagt, das Spiel der internationalen Sozialdemokratie gespielt haben.

Die Sozialdemokratie Deutschlands und Frankreichs kann ihren kopflos gewordenen Gegnern nur dankbar dafür sein, daß sie durch solche Art der Darstellung ihr Verdienst an dem Zustandekommen der Berner Konferenz ins rechte Licht stellen. Die Sozialdemokraten Deutschlands und Frankreichs, denen man von jener Seite vorwirft, daß sie in allen nationalen Fragen den Standpunkt der starren Negation vertreten, haben in Bern zum Wohl beider Völker positive Arbeit geleistet, die sich vor der Welt sehen lassen kann. Was erreicht ist, bleibt freilich hinter ihren Wünschen weit zurück, sie wollen mehr, viel mehr! Aber darin liegt ja ihre große Bedeutung, daß sie die immer unzufriedenen Antreiber des Kulturfortschritts sind: selbst in ihren bescheidenen Teilerfolgen offenbart sich die ungeheure schöpferische Fruchtbarkeit ihres Programms.

Die Sozialdemokratie will ein Verhältnis zwischen dem deutschen und dem französischen Volke herbeiführen, das nach menschlichem Ermessen für alle absehbare Zeit jede Kriegsgefahr ausschließt und beide Nationen der Notwendigkeit enthebt, ihre Volkskraft in Rüstungen gegeneinander zu vergeuden. Bern war auf diesem Wege für sie ein großer Erfolg. Mit verdoppelten Kräften nimmt sie nun den Vernichtungskrieg gegen jene dunklen Elemente auf, die nichts so sehr fürchten wie den Frieden, die nichts so erbittert bekämpfen wie Versöhnung und Verständigung, und die mit ihrem wütenden Hass alles verfolgen, was groß, edel und zukunftsreich ist. Diese gefährlichen Feinde beider Völker finden sich durch Bern bloßgestellt und entmutigt, sie sehen mit Schrecken das Ende ihrer Rügenherrschaft herannahen. Mögen ihre schlimmsten Befürchtungen sich bald bewahrheiten!

Was ist Sozialdemokrat?

Es gibt noch immer Menschen, die glauben, daß Sozialdemokrat sein das selbe bedeute, wie unzufrieden zu sein. Als die Junter einmal sprach mit dem Reichstagskanzler, riefen sie: Wir wollen unter die Sozialdemokraten gehen; womit sie freilich nichts Schlimmeres meinten, als daß sie der Regierung Opposition machen wollten. Daß unsere Gegner die Sozialdemokraten als einen Haufen Unzufriedener bezeichnen, ist verständlich. Aber auch mancher Arbeiter glaubt, daß er schon Sozialdemokrat sei, wenn er unzufrieden mit seiner elenden Lage ist und sie verbessern will. Nun ist wahr: die Unzufriedenheit, die Empörung über die unerträglichen Leiden, die der Kapitalismus über die Arbeiter verhängt, der Haß gegen die Ausbeutung und die Unterdrückung, gegen die maßlose Abwanderung und die ewige Armut, sie bilden einen wichtigen Teil des sozialistischen Empfindens. Aber zum Sozialdemokraten gehört mehr. Daß wir mit großer Leidenschaft etwas anderes wollen, daß wir unsere Kraft daran setzen und dafür Opfer zu bringen bereit sind, das bewirkt die Unzufriedenheit mit unserer schlimmen Lage. Daß wir aber so klar wissen, was wir wollen, wie wir unserer Not abhelfen wollen, das liegt an der Einsicht, an der besonderen sozialistischen Anschauungsweise und an der Wissenschaft, die uns erst zu wirklichen Sozialdemokraten machen.

Auch andere erkennen an, daß wir alle Ursache zur Unzufriedenheit haben. Aber, fügen sie hinzu, an der Grundlage der Gesellschaft läßt sich nichts ändern; Arme und Reiche hat es immer gegeben, und immer mußten die Armen damit zufrieden sein, daß sie im Dienste der Reichen ihren Lebensunterhalt finden konnten. Das ist ewiges Weltgesetz; die Welt bleibt sich im Grunde immer gleich, und eure utopischen Träume einer sozialistischen Gesellschaftsordnung sind nur Luftschlösser.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sehen jedoch die Sache anders an. Mit ihren eigenen Augen sehen sie, welche gewaltigen Aenderungen vor sich gehen. Meistenstäde wachsen empor, ziehen Menschen und Dinge von weitem an sich; das Land wird entvölkert, während in den Städten, Ameisenhaufen gleich, die Menschen drängen und lasten. Das moderne Verkehrsnetz fördert die Umwälzung der allhergebrachten Verhältnisse selbst in den kleinsten Dörfern, wirbelt Menschen der verschiedensten Länder und Nationen bunt untereinander. Und inmitten dieser stürmischen Entwicklung kommt man uns da mit der Redensart, daß die Welt sich immer gleich bleibe.

Dies ist der erste Satz der Anschauungsweise, die den Arbeiter zum Sozialdemokraten macht die Welt entwickelt sich zu immer neuen Formen; nichts ist beständig. Wenn unsere Gegner uns daher vorwerfen, wir wollten das Bestehende stürzen, und sie wollen es erhalten, so können wir mit der Frage antworten: Welches Bestehende meint ihr? Die Welt von gestern? Die Welt von heute hat sie schon aufgehoben. Die Welt von heute? Morgen ist sie nicht mehr da. Ueber die Frage, ob wir das Bestehende zu erhalten oder zu ändern wünschen, braucht man sich nicht zu streiten; wir haben ja nichts zu wollen. Die Aenderung findet statt. Die einzige und wichtige Frage, die jeder sich stellen muß, der Ohren zum hören und Augen zum sehen hat, lautet: Wo hin führt uns die Entwicklung? Die politische Dekonomie gibt die Antwort. Marx hat diese Entwicklung festgestellt und erklärt, und unsere eigene Erfahrung bestätigt seine Ergebnisse. Der Kleinbetrieb, in dem die Menschen von einander getrennt, jeder mit seinen eigenen kleinen Arbeitsmitteln arbeitete, verschwindet immer mehr. Die alten Produktionsmittel werden durch moderne, vielmal mehr produktive und leistungsfähige Maschinen verdrängt. Die Konkurrenz treibt zur Verbilligung der Produktion, zur Anwendung von Arbeitsmitteln und Arbeitsmethoden, die bei verhältnismäßig geringerem Aufwand ein erhöhtes Maß von Produkten, von Waren liefern. An die Stelle der Einzelarbeit tritt immer mehr die gemeinschaftliche, die gesellschaftliche Arbeit. So schafft der Kapitalismus selber die Grundlagen, auf denen die sozialistische Gesellschaft ihre Wirtschaft aufbauen wird.

Sie wird die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse umwälzen. Heute sind die Produktionsmittel im Besitz des Kapitals. Einst werden sie Gemeingut des ganzen Volkes sein. Heute stehen die Arbeiter unter dem Kommando des Kapitals, das die Produktion nicht unter dem Gesichtspunkte der Bedürfnisse des Volkes, sondern unter dem der Erzielung von großen Profitten regelt. Das Kapital beutet die Arbeiter aus und weist sie mit einem Lohne ab, der ihnen nur das nackte Leben ermöglicht. Der riesige Mehrwert aber fällt den Kapitalbesitzern, den Aktionären zu. Ohne daß sie selber eine gesellschaftlich notwendige Arbeit zu leisten brauchen, sind sie die Genießer. Die Ursache des Elends, unter dem die Arbeiterklasse leidet, bildet das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Diese Eigentumsverhältnisse müssen benutzt und mit Absicht umgestaltet werden. Bevor diese Umgestaltung möglich ist, muß die Masse des Volkes von ihrer Notwendigkeit überzeugt sein.

Die meisten Arbeiter sind schon soweit. Sie sehen ganz gut, wie sie und ihre Kameraden in der Fabrik, in anderen Fabriken, auf der Bahn, auf der Straße und auf dem Lande durch ihre gemeinsame Arbeit alle Reichtümer der Gesellschaft hervorbringen. Sie sehen ganz gut, daß nur durch die überkommenen Eigentumsverhältnisse eine Bande fauler Parasiten imstande ist, den Hauptteil der Früchte ihrer Arbeit wegzunehmen. Sie sehen ganz gut, daß ein solches Unrecht nur deshalb als Recht gilt, weil diese Parasiten und ihre Freunde über die Herrschaft verfügen. Und in dieser Einsicht wurzelt das sozialdemokratische Ziel, das sie sich stecken. Es gilt zuerst, die Herrschaft zu erobern, die Beherrschung des arbeitenden Volkes durch eine schmerzende Minderheit aufzubrechen. Dann gilt es, die Eigentumsverhältnisse derart umzugestalten, daß die Rechtsmittel der Ausbeuter verfallen und die Früchte der gemeinsamen Arbeit allen Schaffenden zum gemeinsamen Nutzen reichen. Der Sozialismus bedeutet Völkerglück, Wohlstand für alle, das Ende der heutigen Not. Die sozialistische Gesellschaft wird die Arbeit von ihren Ketten befreien, sie so gestalten, daß sie nicht mehr als Last empfunden wird. Die Ausbeutung fällt. Die Neuorganisation der Produktion und der Warenverteilung wird Verhältnisse bringen, die das Leben wirklich lebenswert machen. Hoch und erhaben ist das sozialdemokratische Ziel. Das erkennen, heißt ihm zustreben. Unkenntnis einerseits, berechnende Rüge andererseits arbeiten dieser Erkenntnis entgegen. Daß weder die Finsternis noch die Rüge mächtig genug ist, das immer stärkere Eindringen der sozialistischen Ideen in die Volksmassen aufzuhalten, das zeigt uns jeder Tag. Notwendig ist uns, daß die Massen mit dem Sozialismus noch vertrauter werden, daß jeder unserer Anhänger zum richtigen Sozialdemokraten wird.

Die Christen und die Berner Konferenz.

Die zur Berner Konferenz angemeldeten Zentrumsvertreter sind bekanntlich ohne jede Entschuldigung ferngeblieben. Selbst wenn sie nachträglich noch irgendwelche Ausreden machen sollten, wird man ihnen wie Lukas 9 bis 62 antworten müssen: „Und er sprach zu einem anderen: Folge mir nach; er aber sprach: Herr, erlaube mir, daß ich zuvor hingehohe und meinen Vater befrage. Aber Jesus sprach zu ihm: Laß die Toten ihre Toten begraben, gehe du hin und verführe das Reich Gottes. Und ein anderer sprach: Herr, ich will dir nachfolgen, aber erlaube mir zuvor, daß ich einen Abschied mache mit denen, die in meinem Hause sind. Jesus aber sprach zu ihm: Wer seine Hände an den Pflug legt und giehet sie zurück, der ist nicht geschickt zum Reich Gottes.“

Den gleichen Bibelspruch wird man freilich auf die Kundgebung der evangelischen Theologen zur Berner Konferenz nicht anwenden dürfen und ebensowenig auf das folgende Schreiben des Reichstagsabgeordneten Pfarrer Heyn: „Hochgeehrte Herren! Zu meinem aufrichtigen und schmerzlichen Bedauern bin ich durch mein Pfarramt, das mich gerade zu Pfingsten stark in Anspruch nimmt, verhindert, Ihrer gütigen Einladung zu folgen. Aber es ist mir ein Bedürfnis, den Schweizer Herren von Herzen dafür zu danken, daß sie die Initiative ergriffen haben, um deutschen und französischen Volksvertretern die Möglichkeit einer Aussprache zwecks Verständigung über die Rüstungsfrage zu bieten, und ich wünsche mit ganzer Seele den Verhandlungen Segen.“

Mögen unter dem Frieden des lebendigen Pfingstgeistes Deutschland und Frankreich sich immer inniger davon überzeugen, daß es für die Welt und für die ganzen Völker der Erde noch höhere Ziele gibt als im gegenseitigen Wettstreiten die Kräfte auf das äußerste anzustrengen oder gar auf blutiger Wühlstatt sich niederzuringen! Mögen die Besprechungen in Bern kräftig von dem Wort erleuchtet sein, daß es die schönste und höchste Aufgabe der Völker ist, miteinander zu wetteifern in Leistung echter Gerechtigkeit, geistiger Kultur und sozialer Gerechtigkeit.

Würden Deutschland und Frankreich sich verstehen und gegenseitige Verständigung lernen, wahrlich, das Ziel, das uns der Meister angewiesen, würde seiner Verwirklichung

ein gut Teil nähergerückt sein. Möge Ihre Tagung dahin führen. Gott wolle es! Immanuel Heyn, Pfarrer an der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche zu Berlin.

Auch eine große Anzahl weiterer freiständiger Abgeordneter, so insbesondere die Abgg. Dr. Ablass und Dr. Kerchensteiner, haben längere Sympathieerklärungen an die Konferenz erlassen.

Ein christliches Urteil über den Kapitalismus.

Dr. Franz Kempel, ein katholischer Geistlicher, hat 1901 ein Buch — „Die christliche und die neutrale Gewerkschaftsbewegung“ — erscheinen lassen, in dem es unter anderem heißt:

„Man muß sich endlich einmal voll und ganz von der Ueberzeugung durchdringen lassen, daß unser ganzes heutiges Erwerbsleben auf einer unbedingt falschen Grundlage beruht, daß unsere Erwerbs- und Wirtschaftsordnung weit, ungeheuer weit entfernt ist, eine christliche zu sein. Die wilde Konkurrenzwirtschaft, die in der ganzen Welt, in jedem Volke, in jeder Stadt herrscht, ist das Uebel der Uebel. . . Das letzte Ziel muß darum unbedingt in der Beseitigung der wilden Konkurrenzwirtschaft auf allen Punkten des Völkerebens erblickt werden. . . Man muß endlich einmal aufhören, in dem modernen Fabrikwesen einen Fortschritt zu erblicken. Man muß endlich einmal der Ueberzeugung werden, daß das Großmaschinenwesen nur dort als wünschenswert und haltbar erscheinen kann, wo es die materiell leibliche und geistig sittliche Wohlfahrt der Menschen bedingt und ratfam erscheinen läßt, wie beim Eisenbahn-, Beleuchtungs- und Dammschiffahrtswesen und solchen Großbetrieben, die diesen zur Voraussetzung dienen, die darum aber auch alle ihres privatrechtlichen, mammonistischen Gepräges zu entkleiden und in öffentlichen Besitz überzuführen sind. . . Andererseits aber muß man der Ueberzeugung werden, daß es eine Ungeheuerlichkeit ist, zu glauben, jeder kleine Wirtschaftler, der bisher mit Handwerkzeug oder Kleinmaschinen arbeitete, müsse unbedingt dem Moloch des kapitalistischen Großbetriebes geopfert werden. . . Mit einem Aufschrei heiliger Entrüstung wollen wir es daher in alle Welt immer und immer wieder hinausrufen, so laut und so durchdringend, bis es jeder, der Ohren zu hören hat, hören kann: Der Kapitalismus ist der Feind!“

Kempels Buch hat die bischöfliche Approbation erhalten, womit anerkannt ist, daß in seinem Inhalte nichts den christlichen Grundgedanken widerspricht. Nebenbei hat sich auch der bekannte katholische Sozialpolitiker und Theologe Dr. Franz Eise in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ ausgesprochen.

Das hindert aber nicht, daß heute gerade christliche Zentrumsführer die Notwendigkeit des Kapitalismus nachzuweisen suchen, ihn als gottgewollte Ordnung hinzustellen.

Deutsche Politik.

Zwei neue Reichstagsvorlagen. Wie bestimmt verläutelt, wird dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt ein Gesetzentwurf betreffend Gewährung freier Eisenbahnfahrt an die Mitglieder des Reichstags, während der ganzen Legislaturperiode und eine Notelle zur Gewerbeordnung, die für Inven-tarographische und phonographische Vorführungen die Konzessionspflicht für den 1. Oktober 1913 einführen will, zugehen. — Abg. Müllen-Reimingen hat eine Anfrage im Reichstag eingebracht, die wie folgt lautet: „Ist dem Herrn Reichstagspräsidenten bekannt, daß die Rettungseinrichtungen auf dem Flugplatz Johannisthal vollständig unzureichend sind, und was gedenkt er zu tun, um so rasch wie möglich diese Mängel abzustellen? — Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.“

Regierung und Wehrvorlage. Als Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern der bürgerlichen Parteien hinter den Kulissen gepflogen worden sind, kann die „Post“ mitteilen:

In diesen Verhandlungen hat die Regierung den Wunsch geäußert, die Wehrvorlage zunächst im Ausschuss zu verabschieden und erst nach Verabschiedung dieser Vorlage in die Beratung der Deckungsvorlagen einzutreten, während der Ausschuss die erste Lesung der Deckungsvorlagen vorzunehmen. Die Regierung fürchtet mit Recht, daß durch diese Praxis die Verabschiedung der wichtiger Vorlagen sehr verzögert wird und

die Wehrvorlage erst Ende Juni verabschiedet zu sehen, damit die für den 1. Oktober 1913 geplanten Neueinrichtungen zu diesem Termine auch geschaffen werden können. Namentlich wegen der Neuordnung des Ersatzgeschäftes ist die baldige Erledigung der Vorlage notwendig. . . Wahrscheinlich wird der Wunsch der Regierung Erfüllung finden, damit auch die Vollversammlung des Reichstags sich mit der Wehrvorlage bald nach dem Wiederzusammentritt beschäftigen kann.

Die Regierung scheint auch nicht abgeneigt zu sein, eine Trennung der Deckungsvorschläge vorzunehmen und sich zunächst mit der Verabschiedung des Wehrbeitrags zufrieden zu geben, die Beratung der übrigen Deckungsgesetze aber auf den Herbst zu verschieben, zumal der Reichstag im Juni kaum Zeit finden dürfte, alle Vorlagen zu verabschieden.

Wenn Zentrum und Konservative darauf eingehen, dann müssen ihnen bestimmte Zusicherungen nach der Richtung hin gegeben werden sein, daß die Regierung weder einer Ersatzsteuer noch einer Vermögenssteuer zustimmen wird.

Zum Verlauf der Berner Konferenz schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Es ist das erstmal, daß Volksvertreter aus zwei verschiedenen Staaten über die Köpfe ihrer Diplomatie und Regierungen hinweg sich zusammensanden, um über eine Last, die sie gleichmäßig drückt, sowie über die Mittel zu ihrer Erleichterung gemeinsam zu beraten. Das Betätigungsfeld ist durch die Regierung und Diplomatie bis zu einem Grade gesiebert, der die Volksvertreter voranzutreiben, selbst einmal einzugreifen und in gemeinsamer Aussprache zu untersuchen, ob der Fall wirklich ein hoffnungsloser ist, und ob es nicht doch noch Mittel gibt, die es ermöglichten, aus der furchtbaren Sackgasse, in die sich die beiden Staaten zum Schaden ihrer selbst und der ganzen Menschheit verarmt haben, herauszukommen. Auch wenn der Versuch nichts nützen würde, schon daß er gemacht wurde, wäre eine Tat von weltgeschichtlicher Bedeutung. Wir glauben aber nicht, daß er nutzlos gewesen ist. Die persönliche Aussprache zwischen den deutschen Reichstagsabgeordneten und den französischen Parlamentariern sollte ergeben, daß jeder Teil sich von der Aufrichtigkeit des Friedenswillens der andern Seite überzeugt. Dies Ziel ist in Bern, wo alle Berichte von der Konferenz dahin, erreicht worden. Alle Teilnehmer wissen jetzt, daß die Bevölkerung beiderseits wie jenseits der Bogen durchaus friedlich gesinnt ist. . .“

Daß wie in Frankreich so auch in Deutschland die Konservativen allein sich von der Bundgebung ferngehalten haben, ist für diese Partei in beiden Ländern bezeichnend und gibt der Bundgebung noch einen besonderen Wert.

Eine neue Gefahr für die Agrarier. Südwestafrika hat einen Ueberfluß an Schlachtwieh, den Farmern aber fehlt die Möglichkeit des Absatzes und es ist zu befürchten, wenn sie ihr Augenmerk zunächst auf Deutschland richten. Über die Frage, ob Deutschland die Einfuhr von Schlachtwieh nötig hat, ist kein Wort zu verlieren, denn die Tatsache steht fest, daß die deutsche Landwirtschaft nicht in der Lage ist, den Fleischbedarf der deutschen Bevölkerung zu erschwinglichen Preisen zu decken. Die Einfuhr von Schlachtwieh aus den Kolonien wäre um so wünschenswerter, als besonders die Kolonialschwärmer bei Reichstagswahlen dem Volke stets erzählt haben, wie seine Ernährung gerade durch die Kolonien in hohem Maße sichergestellt werden könne. Der Landestrat von Südwestafrika hat sich auf seiner letzten Tagung dahin ausgesprochen, daß die Fleischzufuhr der Kolonie nach Deutschland durch eine ständige Auslegung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes vorbereitet werden soll. Die in der Kolonie durch amtliche Tierärzte erfolgte Unterbindung der Tiere soll für die Einfuhr nach Deutschland als genügend erachtet werden. Die deutschen Agrarier werden diesen Wünschen natürlich den lebhaftesten Widerstand entgegenzusetzen, hat doch die „Deutsche Tageszeitung“ schon vor Monaten den Farmern den Rat erteilt, ihr Vieh nach Südafrika zu verkaufen, damit sie nicht zu viel Vieh auf den deutschen Markt kommt. Die Regierung allerdings hätte die Pflicht, die Möglichkeit der Einfuhr von Vieh aus Südwestafrika zu schaffen, schon mit Rücksicht darauf, daß gerade diese Kolonie vom deutschen Volke gewaltige Opfer an Gut und Blut erfordert hat. Es ließe den Widerstand unserer heutigen Wirtschaftspolitik auf die Spitze treiben, wenn Südwestafrika in eine schwere Kalamität deshalb läme, weil es seinen Vieh für sein Schlachtwieh hat, das man in Deutschland dringend notwendig gebrauchen kann.

Ausland.

Ungarn.

Strafrechtlicher Schutz des Wahlrechts. Die Ungarische Regierung hat dem ungarischen Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die größte Aufmerksamkeit verdient. Der pom-

pöse Titel lautet: Gesetzentwurf über den strafrechtlichen Schutz des Wahlrechts. Das klingt ganz annehmbar, wird aber verächtlich, wenn man bedenkt, daß der Entwurf von der Regierung vorgelegt wird, die ihre Majorität der unerbötlichsten Prektion, der Aufwendung von Millionen und der Anwendung einer Reihe von unerhörten Gewalttaten verdankt. Diese Regierung hat Hunderttausende oppositioneller Wähler bei den letzten Wahlen ihres Wahlrechts mit Gewalt beraubt, sie hat bisher die oppositionellen Wähler durch Gendarmen und Soldaten vom Wahllokal mit Gewalt ferngehalten. Die Leute reden jetzt plötzlich vom Schutz des Wahlrechts! Das ist verächtlich. Der erste Teil des Gesetzentwurfs enthält die Strafbestimmungen für die Fälschung der Wählerliste. Interessant ist der folgende Teil, der den Titel führt: „Verhinderung und unberechtigte Beeinflussung der freien Ausübung des Wahlrechts“.

§ 6 lautet: Derjenige, der einen Wähler durch Gewalt oder Drohung an der freien Ausübung seines Wahlrechts hindert, ist mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis 500 Kronen zu bestrafen.

Auf den ersten Ansehen soll sich die Bestimmung gegen die Unternehmer richten, denn nur diese können „durch Drohung“ die Wähler an der freien Ausübung ihres Wahlrechts hindern. Über die folgenden Paragraphen zeigen, was gemeint ist: § 7: Derjenige, der, um einen Wähler für einen bestimmten Kandidaten zu beeinflussen oder zur Stimmhaltung zu bewegen, den Wähler oder dessen Angehörige beleidigt oder in seinem Vermögen oder Erwerb benachteiligt, mit Verachtlichmachung oder mit der Veröffentlichung einer ehrenverletzenden Erklärung bedroht, ist mit Geldstrafe bis zu sechs Monaten und Geldstrafe bis zu 500 Kronen zu bestrafen.

Man bedenke, daß die Prozeduren der Urwahl-Regierung das Gesetz anzulegen haben und man wird verstehen, daß sich das Gesetz in der Hauptsache gegen die Opposition und gegen die Arbeiter richten soll. Das geht ungewöhnlich aus folgenden Bestimmungen hervor: Begehrt jemand die oben erwähnten Handlungen im Auftrag oder im Namen einer Gruppe oder eines Vereins oder mit Berufung auf deren Beschluß, so ist er mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 1000 Kronen zu bestrafen. Begehrt die Gruppe eine Gruppe, so ist jedes Mitglied der Gruppe mit Gefängnis bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 2000 Kronen zu bestrafen. Die Anführer und Führer einer Gruppe werden mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und 4000 Kronen Geldstrafe bestraft. Man braucht jetzt nur gefällige Richter, und alle Mitglieder der Partei, welche „natürlich“ im Namen einer Gruppe sprechen, können auf zwei Jahre ins Gefängnis geschickt werden. Das Gesetz macht jede oppositionelle und besonders jede sozialdemokratische Propaganda unmöglich. Die freie Ausübung des Wahlrechts soll der Entwurf sichern, eine schwere Gefahr für die sozialdemokratische Wahlkämpfer wird er bringen.

Belgien.

Die wachsende Macht der Arbeiterpartei. Das Jahr 1913, schreibt Banderbede, wird für uns nicht nur das Jahr des Generalstreiks sein. Es wird ein vor allem glückliches und fruchtbares Jahr sein: das Jahr der Errichtung des sozialistischen Genossenschaftsbank Anseles, der Errichtung des Gewerkschaftsvereins und Bildungsvereins in Brüssel, des ungarischen Volkshauses verdoppelte, der Fertigstellung des Versicherungsvereins der „sozialen Vorkasse“, des Anschlusses von über 180 000 Mitgliedern an die Gewerkschafts-Kommission, der Entschaltung und schönen Wäse unserer sozialistischen Schulen im flämischen Lande und im „fernen Sennegeu“ die Errichtung eines Zusammenhalts und einer disziplinierten Kraft, die vielleicht in keinem anderen Lande übertrifft wird. Das Großunternehmen der Genossenschaften hat seinen Umsatz von 7,42 Millionen Franken im Jahre 1911 auf 9,57 Millionen im Jahre 1912 gesteigert. Der größte Teil des Uberschusses, fast 5,1 Mill., geht an die Waisen und verwandten Betriebe; der tägliche Arbeiterlohn beträgt sich auf 460 Cent, könnte aber, wenn alle Vereine dort ihren vollen Bedarf deckten, 1600 Cent betragen. Waisenprodukte erreichten einen Absatz von 1,4, die Kaffeebohnen von fast einer halben Million.

Norwegen.

Der letzte Streich der Kammer. Am letzten Tage ihres Bestehens vor den Wahlen zeigte die Zweite Kammer noch einmal ihr reaktionäres Gesicht, indem sie die sozialdemokratische Gesetzesvorlage über Ausdehnung der Wahlzeit von 5 bis 8 Uhr abzwang, trotz der ausgeprochenen Verteidigung unserer Genossen liegen. Bei der Abstimmung stellte sich heraus, daß die Kammer nicht beschlussfähig war, es fehlte eine Stimme zur abstimmungsreifen Mehrheit. Am Mittwoch soll die Kammer deshalb noch einmal zusammentreten, um zum zweitenmale abzustimmen. Da sich aber 29 Stimmen gegen nur 21 Stimmen für die Vorlage erklärten, ist ihre Verwerfung bei der definitiven Abstimmung sicher. Von

Die beiden Hornemann.

Erzählung von Friedrich Thieme. (Nachdr. verb.)

3 (Fortsetzung.)

Polizeinspektor Mertens hörte mit Erstaunen den Vortrag seines Unterbeamten und betrachtete aufmerksam die vorgeführten Fremden.

„Allerdings eine eigentümliche Geschichte“, meinte er nachdenklich. „Einer von Ihnen muß ein Betrüger sein, natürlich. Sie behaupten also immer noch beide, die einzig rechtmäßigen Eigentümer zu sein?“

„Sowohl“, entgegneten die beiden Hornemann in bestimmtem Tone.

„Und Hornemann zu heißen?“

„Ich heiße Paul Hornemann — nicht dieser!“

„Ich heiße so, Herr Inspektor — dieser Mann spricht die Unwahrheit.“

„Und legitimieren können Sie sich nicht — niemand hier kennt Sie?“

Weiderstehendes Kopfschütteln.

Mertens ließ den Blick fummend von einem der Männer zum andern schweifen. Beide schienen ziemlich in demselben Alter zu sein, er schätzte sie auf achtundzwanzig bis dreißig Jahre. In Gestalt und Größe wiesen sie ebenfalls keine erheblichen Unterscheidungszeichen auf. Sie besaßen beide dunkles Haar und ebensolche Augen. Die Kleidung unterschied sich insofern, als der an zweiter Stelle erschienene Hornemann etwas feiner gekleidet war und statt des Zylinders einen runden Filzhut trug.

„Gut“, sagte der Inspektor, „dem Rätsel wollen wir schon auf die Spur kommen. — Frischke“, befahl er dem Schutzmann, „führen Sie mir den Herrn Hornemann 2 hinaus, aber bewachen Sie ihn gut. Ich will erst einmal Herrn Hornemann 1 ins Verhör nehmen.“

Sobald er sich mit letzterem allein befand, bedeutete er dem Fremden, sich zu setzen und begann: „Sie nennen sich Paul Hornemann, sind Kaufmann und aus Berlin?“

„Ja.“

„Wie alt?“

„Neunundzwanzig Jahre.“

„Ist Berlin Ihr Geburts- oder Wohnort?“

„Mein Geburtsort nicht, ich hielt mich nur während der letzten Jahre dort auf.“

„Wo sind Sie geboren?“

„In Magdeburg.“

„Welche Stellung bekleideten Sie in Berlin?“

„Ich war Buchhalter in einem Versicherungsgeschäft.“

„Wie heißt das?“

„Georg Worms in der Wilhelmstraße.“

„Wie kamen Sie in den Besitz des von Ihnen angeführt verlorenen Geldes?“

„Es waren meine Ersparnisse von zwei Jahren.“

„Was beabsichtigten Sie mit dem Gelde anzufangen?“

„Weil ich außer dem nur noch einige Mark im Besitz hatte.“

„Sie sollen alles hören, Herr Inspektor. Ehe ich nach Berlin kam, war ich ein Jahr in Wien; dort lernte ich ein junges Mädchen kennen. Wir liebten uns und beschlossen, sobald mein Einkommen hierzu ausreichend sein würde, uns zu heiraten.“

„Wie heißt Ihre Braut?“

„Ranni Große.“

„Und wohnt in Wien?“

„Ja, Rotenturmstraße 211.“

„Weiter.“

„Jetzt endlich habe ich etwas erspart und Ranni hat ihre Aussteuer fertig, nun wollen wir unsere Verlobung öffentlich feiern und bald darauf Hochzeit machen. Morgen Abend soll die Verlobung stattfinden, deshalb befinde ich mich auf der Reise nach Wien.“

„Und wie verhält es sich nun mit Ihren vierhundert- undachtzig Mark?“

„Es waren ursprünglich fünfhundert. Ich habe sie mir während der zwei Jahre, die ich in Berlin war, vor meinem Gehalt zurückgelegt.“

„Wo bewahrten Sie die Summe auf?“

„Ich besaß ein Sparkassenbuch.“

„Wo befindet sich das?“

„Ich habe es zurückgegeben, als ich die mit den Zinsen gerade fünfhundert Mark und einige Groschen betragende Summe gestern abgab.“

„Warum liehen Sie sich das Geld in lauter Zwanzigmarkstücken auszulassen? Wären nicht Banknoten bequemer gewesen?“

„Genau, Herr Inspektor — aber — ich wollte meiner Braut eine Freude machen. Stück für Stück gedachte ich ihr die blindenden Goldstücke hinzuzählen.“

„Wie kommt es, daß die Summe nicht mehr vollständig ist?“

„Ich mußte sie anreisen, als ich meine Fahrkarte löste, weil ich außerdem nur noch einige Mark im Besitz hatte.“

„Zu welchem Zweck sind Sie hier ausgeflogen?“

„Um ein Geschenk für meine Braut zu kaufen; ich hatte das in der Aufregung der Abreise in Berlin vergessen. Ich wollte mit dem nächsten Zuge weiterfahren.“

„Wann haben Sie Ihren Geldbeutel zuerst vermisst?“

„Ich habe ihn gar nicht vermisst, ich hörte plötzlich meinen Namen aufrufen in Verbindung mit dem Namen, erschrocken griff ich in die Tasche und fand ihn nicht mehr vor.“

Der Inspektor nickte befriedigt. „So gehen Sie jetzt hinüber — der andere Herr soll herüberkommen!“

Paul Hornemann 2 erschien, blaß und erregt wie sein Vorgänger.

„Sie wollen Paul Hornemann heißen?“

„Ich heiße wirklich so, Herr Inspektor.“

„Sie geben an, Kaufmann zu sein — aus Berlin?“

„So ist es.“

„Sie reisen nach Wien — zu Ihrer Verlobung — wie?“

„Das stimmt alles, Herr Inspektor.“

„Na, erzählen Sie mir mal den ganzen Vorgang.“

Der Polizeibeamte legte hierauf dem zweiten Bewerber um den Fund genau dieselben Fragen vor, wie dem ersten und erhielt, wenn auch in andern Worten, genau dieselben Antworten. Nur in einem unbedeutenden Punkt wichen beide Aussagen voneinander ab. Auf die Frage, wann er

Seite 2.

lichen Schutz... aber... Regierung... in Preußen... einer Reihe... Wahlen... die appo... vom Wahl... jetzt plöblich... erste Teil... für die Fä... der... Bestimmung

der liberalen Rechte geben nur zwei Mitglieder der Vorlage ihre Stimme, während die Liberalen bis auf einen zustimmen. Die Rechte hat damit am Schluß der parlamentarischen Periode noch einmal ihren Abscheu vor demokratischen Wahlen entrollt, indem sie in bewußter Weise einen Wahlmodus aufrecht erhält, der Zehntausende von Arbeitern an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert oder sie ihnen wenigstens erschwert. Man sieht hieraus, was die liberalen Versicherungen wert sind, die da behaupten, daß sie ebenso wie die Linke für ein demokratisches Wahlrecht zu haben seien. Es wäre gefährlich, einer liberalen Mehrheit die bevorstehende Wahlrechtsveränderung zu überlassen.

Badische Politik.

Ueber die Landtagswahlstatistik

Ist in der „Leipziger Volkszeitung“ sowie im „Vorwärts“ ein Artikel erschienen, der von Entstellungen und Unrichtigkeiten förmlich wimmelt. Da ist u. a. zu lesen:

„Gewiß: 5-6 Sätze können uns durch den national-liberal-fortschrittlichen Zusammenschluß gefährdet werden. Aber auf der andern Seite wenden dadurch unsere Chancen auch verbessert, denn durch die stille national-liberal-fortschrittliche Koalition mit den Schwarzblauen dürfen uns immerhin nicht wenige bürgerlich-demokratische Wähler zugesührt werden, was bei der Kleinheit der Wahlkreise leicht entscheidend sein kann. Dann läßt sich aber auch nicht verkennen, daß ein Verdrängen der National-liberalen uns bei dem Teil der Zentrumsanhänger, die für uns gewonnen werden können, nur von Nutzen sein kann. Es erscheint daher nicht ausgeschlossen, daß wir etwaige Verluste auf der einen Seite durch Gewinne auf der andern Seite wieder ausgleichen, so daß wir, trotzdem die gesamten bürgerlichen Parteien gegen uns im Kampfe stehen — und zwar geschloffen —, in unsern alten Stärke zurückkehren.“

Wer so etwas schreiben kann, dem sind die politischen Verhältnisse Badens entweder völlig fremd, oder er hat irgend ein besonderes Interesse daran, die Tatsachen zu entstellen. Der „Bad. Beobachter“ läßt sich diesen Schmaus natürlich nicht entgehen, bemerkt aber zutreffend, der Schlüssel des obigen Zitats sei ein Schwindel. Der „Vorwärts“ und die „Leipziger Volkszeitung“ sollten schon mit Rücksicht auf die politische Situation in Baden und die in der Schwäbe befindlichen Verhandlungen mit der Aufnahme solcher Korrespondenzen doch vorichtiger sein. Es ist doch nicht das erste Mal, daß die beiden Parteiblätter durchaus falsch aus Baden informiert werden. Was würden die beiden Blätter sich über die politischen Verhältnisse Badens von Korrespondenten informieren lassen, die der Wahrheit nicht so ins Gesicht schlagen, wie es in dem genannten Artikel geschieht.

Politische Brunnenvergiftung.

Die Zentrumspresse bewegt sich mit wenigen Ausnahmen im politischen Meinungsstreit auf einem tiefen Niveau. Unter den badischen Zentrumsblättern sind es insbesondere die beiden Freiburger Zentrumsorgane, die in Befähigung und Beschimpfung des politischen Gegners jeden Reford schlagen. Da wird von der Sozialdemokratie nur von der „roten Rosa“, von „den Sozzi“ oder den „roten Fuchs“ geschrieben. Die Liberalen werden als „Guller“ bezeichnet oder mit andern aus dem Tierreich entnommenen Titeln bedacht. Die Artikel erscheinen alle aus einer Quelle, sie sind wachstüchtige Waldmischelprodukte. Wir unsererseits lehnen es ab, gegen diese Blätter zu polemisieren, so lange sie sich auf einem so erbärmlich tiefen Niveau bewegen.

Der Landesausschuß der Volkspartei

hält am nächsten Sonntag, 18. Mai, eine Sitzung in Lahr ab.

Wahl zur badischen Landwirtschaftskammer.

Am 17. Mai findet die Neuwahl zur badischen Landwirtschaftskammer statt. Durch eine seitens des Vorsitzenden der

Badischen Landwirtschaftskammer, des Prinzen Löwenthein veranlaßte Vereinbarung zwischen den Präsidenten des Badischen Landw. Vereins, des Badischen Bauernvereins und des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen sind u. a. folgende Kandidaten aufgestellt worden: 12. Wahlkreis (Amtsbezirk Lahr und ein Teil von Offenburg): Herr Gemeinderat Th. Adam 2 in Altenheim; 13. Wahlkreis (Rest des Amtsbezirks Offenburg): Herr Landwirt Hermann Kopf in Zell a. S.; 14. Wahlkreis (Amtsbezirk Nehl und ein Teil vom Amtsbezirk Bühl): Herr Oekonomierat Bürgermeister Säger in Diersheim (jetziger Vertreter); 15. Wahlkreis (Amtsbezirk Oberkirch und Achern): Herr Landwirt Josef Morgensthaler in Fautenbach (jetziger Vertreter); 16. Wahlkreis (Amtsbezirk Bühl mit Ausnahme von 4 Gemeinden): Herr Landwirt Karl Knopf 3 in Neudorf (jetziger Vertreter); 17. Wahlkreis (Amtsbezirk Mastatt und Rest von Bühl): Herr Landwirt Karl Weishaupt in Malsch (jetziger Vertreter).

Jugendbewegung.

Jugenddeutschlandung.

Der Unfug, der im Jugenddeutschlandung mit der Jugend getrieben wird, findet sogar auch die Mißbilligung von Zentrumsleuten. So wird dem Ravensburger Zentrumsblatt aus Moenchingen geschrieben:

„Am letzten Samstag abend 1/2 9 Uhr herrschte hier kriegerisches Leben. Unter klingendem Spiel und Trommelschlag zog Jugenddeutschland aus, um abzuholen und Nacht-feldbesichtigung abzuhalten. Das Gelände zwischen hier und Durlach war hierzu ausersehen. Die hier, bisher sehr bewährte Leitung war dabei nicht beteiligt. Aus Weingarten hatte ein etwa 17jähriger Junge die Führung übernommen. Die Rückkehr der zum Teil aus 10jährigen Knaben bestehenden Mannschaft erfolgte — morgens um 1 Uhr. Für Sonntag war wiederum Kriegsspiel mit Weingarten angekündigt. Abmarsch um 3 Uhr, Heimkehr abends 1/2 9 Uhr. Ob nun derartige Auswüchse und nächtliches herumhüpfen zur Hebung der Vaterlandsliebe und zur Pflege von patriotischem Geiste für unsere Jugend bringend notwendig sind, bleibt sehr fraglich. Jedenfalls gilt hier den Familienvätern das bekannte Sprichwort: „Tau, schau, wem?““

Das oben genannte Zentrumsblatt bemerkt dazu weiter: „Hier scheint tatsächlich ein Unfug vorzuliegen, der scharfen Tadel verdient.“ — So urteilen Leute, die selbst als Förderer von „Jugenddeutschland“ bekannt sind. Wahlich, auf der „Nachfeldbesichtigung“ scheint es toll hergegangen zu sein. Man denke sich gebildete Knaben nachts 1 Uhr ohne jede Aufsicht fern vom Elternhaus. Wenn wieder mal von „Verrohung und Entfremdung der Jugend“ geredet wird, wird man überall den Jugenddeutschlandbewegung obige Selbstdarstellung vor Augen halten können. Wir empfehlen diese Kennzeichnung zum ersten Studium der Zentrumspresse. Und ein derartiger Unfug wird mit allgemeinen Steuermitteln unerfüllt!

Der Buchdrucker-Verband im Jahre 1912.

Der soeben erschienene Jahresbericht dieser Organisation erstreckt sich im Hinblick auf die Mitte Juni in Danzig tagende Generalversammlung über die zwei letzten Jahre. 1911 wurde nach langwierigen und äußerst schwierigen Verhandlungen im Tarifausschuß der Buchdrucker der Tarif einer Revision unterzogen. Diese Erneuerung des Reichstarifs brachte der Allgemeinheit der Buchdrucker Zugeständnisse, die in ihrem Wert unverkennbar sind.

Das Jahr 1912 hat dann eine im allgemeinen erfreulich glatte Einführung der neuen tariflichen Bestimmungen gebracht. Aber es setzte auch eine Adaptionpolitik der Unternehmer ein, manche Vergünstigung wurde entzogen, manche Härte griff Platz. Nicht nur wurde die Arbeitslosigkeit durch die forcierte Aufstellung von Schreibmaschinen und leistungsfähigeren Druckmaschinen eine noch größere, sondern durch Uebergang vom Akkordlohn zum Gehaltlohn (Wochenlohn) wurden namentlich viele der älteren Zeitungsetzer in Berlin empfindlich betroffen. Der Organisation erwachsen durch das unausgesehene rapide Vordringen der Maschine — nicht etwa nur der Schreibmaschine — immer größere Beschwerlichkeiten. Wenn im Tarif nicht ein die Arbeit der verschiedenen Branchen im einzelnen bestimmtes Reglement enthalten wäre, würde manches schlechter und die Arbeitslosigkeit gewiß noch höher sein, als sie ohnehin schon ist. Im Berichtsjahre hatte der Verband außerdem mit erheblichen prinzipiellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da ging die Unternehmerrhauptorganisation auf ihrer vorjährigen Generalversammlung daran, für die nächste Tarifrevision (1916) sich

einen Abwehr- oder Streikfond zu schaffen, für den nach der Kopfzahl der beschäftigten Arbeiter ein obligatorischer Wochenbeitrag zu entrichten ist. Ferner wurde eine aus ganz Deutschland sich zusammenschließende Tarifkommission gebildet, die eigentlich keinen anderen Zweck hat, als Vorschläge zur Verschlechterung des Tarifs im Jahre 1916 auszuarbeiten. Dann tut sich die direkt tarifgegnerische und verbandsfeindliche kleine Nebenorganisation der Unternehmer, der Arbeitgeberverband für das Druckgewerbe, der im Auftrage des Zentralverbandes deutscher Industrieller handelt und in dessen Solde steht, unrühmlich hervor. Mit allerlei öffentlich erhobenen Verdächtigungen und durch Petitionen an die Bundesregierung — veritablen Denunziationen — arbeitete sie, den Frieden im Gewerbe zu stören, wozu edle Beschäftigung dadurch besonderes Interesse gewinnt, daß ein Pastor a. D. namens Jillessen in Berlin der Führer dieser extremen Scharfmacher ist. Weiter vollführte der Kreis II (Rheinland-Westfalen) der Hauptorganisation (Deutscher Buchdruckerverein) im Frühjahr und im Herbst 1912 einen Heidenlärm, der sich zum Teil gegen die oberen Tarifinstanzen, in der Hauptsache aber gegen den Buchdruckerverband richtete und zugunsten seines bei der Tarifrevision 1911 wieder einmal wie auch in der Tarifausschließung am 21. und 22. April ds. Jrs., mit seinem Anspruch auf Gleichberechtigung in den Tariforganen abgefallenen Schließungs Gutenbergsbund unternommen wurde. Dieser selbst machte seiner Eigenschaft als christliche Organisation alle Ehre, indem er das saubere Geschäft der Provokation und Denunziation gegenüber der Tarifgemeinschaft und dem Verband in noch größerem Maßstabe als die mit ihm konkurrierende Zerpfaltungs-Organisation auf Unternehmenseite betrieb, sogar die Paramente Reichstag und badischen Landtag mit seinen Nichtwichtigkeiten behelligte. Im Jahresbericht wird auch erwähnt, was eine Konferenz der Gewerkschafter zu diesen Vorgängen und Nachschüssen zu erklären hatte, daß darauf eine Aussprache mit der Leitung der Unternehmerrorganisation stattfand, die zwar beruhigende Versicherungen ergab, aber ein beunruhigendes Zukunftsbild für 1916 dabei übermalen ließ. Man darf gespannt sein, wie sich die Dinge bei den Buchdruckern noch entwickeln werden. Ihre Tarifgemeinschaft, die jetzt für etwa 70 000 Gehilfen von 74 000 überhaupt beschäftigten volle Geltung hat, steht zweifellos im Mittelpunkt der Beachtung, aber auch der Bekämpfung aller Unternehmerrkategorien.

Der Buchdruckerverband hat aber trotz der entfallenen Höhe und der sich mehrenden Schwierigkeiten seinen Weg weiter genommen. Seine Mitgliederzahl stieg auf 67 275, was einer Zunahme von 2480 entspricht, wofür fast ausschließlich nur noch Auslernende in Betracht kommen. Die von einflussreichen Kreisen mit erlaubten wie mit unerlaubten Mitteln geförderte Arbeiterorganisation „Gutenbergsbund“ kann trotzdem, selbst mit Einschluß ihrer österreichischen und schweizerischen Filialen, aber nur 194 neue Mitglieder verzeichnen, womit sie ganze 8206 Mitglieder zählt.

Enorme Aufwendungen hatte der Verband für die Arbeitslosenunterstützung zu machen, die zum erstenmal über eine Million Mark — 1 151 606 Mk. gegen 920 612 Mk. in 1911 — erforderte. Dementsprechend war auch die Arbeitslosenziffer hoch: 4,75 Prozent (Vorjahr 4 Prozent) auf jedes Mitglied umgerechnet, entfielen 17,50 Mk. (14,50 Mk.) Arbeitslosentage im Jahr. Die Krankenziffer ist dagegen gefallen: 2,75 (3,15) Prozent. Vorausgab wurde an Unterstützung für Kranke 906 915 (977 420) Mk., an Invaliden 379 499 (358 252) Mk., für wandernde Mitglieder 227 463, (183 586) Mk., für Gemahregelte 8342 (3622) Mk., als Unzulagehilfe 43 700 (40 439) Mk. und als Begräbnisgeld 98 173 (93 400) Mk. Sämtliche Unterstützungsbezüge erforderten 2 817 059 (2 579 131) Mk. Dazu wurden aus dem Gau- und den Mitgliedschaftskassen noch Zuschüsse im Betrage von über 800 000 Mk. gezahlt. Das sind gewiß gewaltige Summen und große gewerkschaftliche Leistungen.

Aber auch das Einnahmefont weist imponante Zahlen auf, nämlich 3 898 655 Mk. für 1912 und 3 704 623 Mk. für 1911. Der Beitrag ist in Anbetracht der übermäßigen Unterhaltungsanforderungen wie im Hinblick auf die ganzen Verhältnisse ab 1. Januar ds. Jrs. um 10 Pfg., also auf 1,20 Mk., erhöht worden, wozu noch Gau- und Lokalbeiträge bis zu 70 Pfg. pro Woche treten. — Der Buchdruckerverband schließt das Jahr 1912 mit einem Vermögensbestande von 9 768 791 Mk. (Vorjahr: 8 998 458 Mk.) ab ohne die besonderen Verwaltungsbestände in den Mitgliedschafts- und Gaukassen, die am Jahresluß ungefähr 3 000 000 Mk. aufzuweisen hatten.

Gewerkschaftliches.

Bretten, 15. Mai. Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Messgerei Gttinger. Am 8. Mai hatte der Gauleiter des Mes-

den Geldbeutel zuerst vernimmt habe, erwiderte Hornemann 2, er habe den Verlust erst bemerkt, als er den Bahnhof bereits verlassen hatte. Um das beabsichtigte Geschenk für seine Braut zu kaufen, eilte er in die Stadt hinein, in der Absicht, seine Fahrt mit dem nächsten Zuge fortzusetzen. Plötzlich fiel ihm ein, daß er ja vergessen habe, sich vom Stationsvorsteher die Fahrkartenbuchung bescheinigen zu lassen. Hastig suchte er nach der Fahrkarte, er entdeckte weder diese noch seinen Geldbeutel. Ebdilich erschrocken rannte er auf den Bahnhof zurück, wo er von einem Kutscher vernahm, daß vor wenigen Minuten ein Geldbeutel ausgerufen worden sei. Wahrscheinlich habe ihn der Stationsvorsteher in Verwahrung genommen.

„So haben Sie Ihre Fahrkarte gleichzeitig eingebüßt? Im Geldbeutel hat sich dieselbe aber nicht gefunden.“ „Nein, sie war auch nicht darin. Ich hatte sie, nachdem ich sie dem am Eingang des Bahnsteigs postierten Beamten vorgezeigt, in der Eile in die Westentasche gesteckt.“

„Wie erklären Sie sich den Verlust des Geldbeutels?“ „Ich kann ihn mir gar nicht erklären, ich hatte die Fahrkarte darin, und als ich den Bahnsteig verließ, mußte ich sie herausnehmen. Dabei muß mir der Geldbeutel entfallen sein.“ (Fortf. folgt.)

Kinogesehe.

Der von der württembergischen Regierung dem württemb. Landtage vorgelegte Entwurf eines Kinematographengesetzes gab Herrn B. Koenigsberg vom Kallak-Kinema in Konstanz Anlaß, in einem Artikel in der „Konstanzer Zeitung“ sich mit den Bestimmungen für die Kino-Theater in Baden zu beschäftigen. Wir entnehmen seinen interessanten Ausführungen das folgende: „Seit einem Jahre wurde durch Ministerialerlaß in Baden etwa verfügt:

1. Sämtliche vorzuführende Filme sind spätestens bis morgens 9 Uhr des Programmwechselstages der Ortspolizeibehörde zu melden und möglichst unter Vorlage der vorhandenen Zensurkarten (Berliner Zensur).

2. Kinder unter 6 Jahren dürfen, selbst in Begleitung der Eltern, kein Kinematographentheater besuchen.

3. Schulpflichtige und forsbildungspflichtige Kinder dürfen nur die Vorstellungen, die als Schülervorstellungen bekannt gemacht und genehmigt worden sind, besuchen. Diese Vorstellungen müssen bis abends 6 Uhr beendet sein. Programme hierzu müssen besonders für Kinder genehmigt werden.

Als Zensur ist in Baden die B e r l i n e r maßgebend, welche von jenen Lektoren, unter Beihilfe eines Beirates (Prof. Dr. Brunner, früher in Pforzheim) nach polizeilichen Richtlinien ausgearbeitet wird. Ueber jeden zensierten Film wird eine Zensurkarte ausgestellt, welche die genauen Merkmale des Inhalts (auch der Ausschnitte) ujm. enthält und durch Stempel beglaubigt wird. Durch die Ortspolizei findet dann noch jeweils eine Nachprüfung statt. In Hamburg wird diese Zensur über die für die Schülervorstellungen als geeignet zu empfehlenden Filme von einer Lehrerkommission, in der sich die Lehrer Hamburgs abwechseln, im Einvernehmen mit dem Regierungsrat ausgearbeitet. Wenn man nun des öfteren einen Vergleich zwischen der Berliner und der Hamburger Zensur anstellt, so bemerkt man hier die größten Gegensätze, weil in Berlin nach polizeilichen und in Hamburg nach pädagogischen Grundsätzen zensiert wird. Jedenfalls ist die Hamburger Zensur die bessere. Deshalb würden wir Kinobesitzer in Baden ein Geses, wie es die Vorlage in Württemberg vorsieht, mit Freuden begrüßen. Dann würde die Zensur nicht in einseitiger Weise von Polizeibehörden ausgearbeitet, sondern Lehrer, Künstler, Männer der Wissenschaft und auch Fachleute würden in gemeinsamer Arbeit k-ratzen, was der Jugend und den Erwachsenen zur Unterhaltung und Belehrung dienlich wäre. Diese Art der Ausführung; der Zensur frecht schon lange auf dem Wunschziel familiärer Kinobesitzer Deutschlands, wurde in Berlin jedoch stets abgelehnt.

Nach der württ. Vorlage dürfen auch die Eltern und Vormünder ihre Kinder und Pfinglinge unter ihrer Aufsicht bis abends 8 Uhr ins Kino mitnehmen, was wir Kinobesitzer in Baden mit Freuden begrüßen würden. Es wäre auch nicht mehr als recht und billig, wenn man nach dem Grundsatze unserer Verfassung handeln wollte: „Gleiches Recht für alle“. Warum soll der Kinobesuch den Eltern mit ihren Kindern verboten werden, wenn sie mit ihnen jederzeit das Theater, die Wirtshäuser und jeden Tengel-Tangel besuchen dürfen, auch nach 8 Uhr abends. Ich habe es längst für einen unerbittlichen Eingriff in das Erziehungsrecht der Eltern gehalten, namentlich bei den nichtschulpflichtigen Kindern.

Wir Kinematographenbesitzer in Baden stehen mit unseren

Vorführungen unter strengster Kontrolle, und wenn jemand bei seinen Besuchen in unsern Theatern an den Programmen in stiller Beziehung etwas auszuweisen hat, so trifft uns Theaterbesitzer doch erst in letzter Linie die Schuld, denn wir stellen unsere Programme im Vertrauen auf die Zensur, die von der Berliner Polizei ausgearbeitet wird, zusammen.

Zu dem Kapitel Schülervorstellung möchte ich nun noch folgendes veröffentlichen: Ich habe seit etwa 8 Wochen Versuche mit Schülervorstellungen gemacht, und zwar jeweils an einem Mittwoch oder Samstag nachmittags von 3-5 Uhr. Zu diesen Vorstellungen hatte ich besonders interessante und lehrreiche Programme zusammengestellt, auch die Eintrittspreise hatte ich für Schüler auf eine Kleinigkeit herabgesetzt. Ich hätte diese Vorstellungen, um den vielen in den Tageszeitungen ausgedrückten Wünschen entgegenzukommen, gerne weiter fortgeführt, wenn sich nur annähernd die für das Sonderprogramm entstehenden Kosten mit den Einnahmen hierfür gedeckt hätten. Es blieb aber die Unterstützung, die ich durch einen regen Schülerbesuch erwartete, vollständig aus, und so war ich gezwungen, diese Vorstellungen wieder aufzugeben. Sämtlich führe ich diesen schwachen Schülerbesuch auf das den Schülern bekannt gegebene, vom Kultusministerium und dem erzdiözesanlichen Amt verfügte und unter Strafe gestellte Verbot des Besuches der Kinovorstellungen zurück, wobei dann den Schülern aber nicht diese Sonder-Schülervorstellungen als sehr lehrreich empfohlen wurden, so daß die meisten Schüler der Meinung sind, sie dürfen überhaupt kein Kino besuchen. Man schafft eben gegen das verbotene Kinoteater nur drakonische Gebotsparagrafen, aber Hilfe zur Hebung des Guten liebt diesen doch so lehrreich auszubauenden Stätten verjagt.

Zum Schluß möchte ich noch auf eins hinweisen. Es gibt Tageszeitungen, die mit einem bewundernswerten Eifer alles zusammengetragen und in ihren Spalten veröffentlicht, was gegen die Kinobesitzer gerichtet ist, namentlich Unglücksfälle durch Brand, Panik zc. Niemals aber wird dann darauf hingewiesen, daß in Deutschland, und erst recht in Baden, die feuerpolizeilichen Vorschriften aufs strengste gehandhabt und die Theater in kurzen Zwischenräumen hieraufhin kontrolliert werden, so daß den Kinobesitzern bei Ausbruch eines Brandes in der Projektionskammer nichts, aber auch gar nichts passieren kann, wenn sie in geordneter Weise das Lokal verlassen. Durch solche Artikel werden nur Beunruhigungen in das Publikum getragen, und wenn dann wirklich einmal ein Brand ausbricht, so ist die Panik da und mit ihr auch mehr oder weniger schwere körperliche Unfälle. Hieran müßte man dann eigentlich dieser

gerberverband wegen der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Firma Ettlinger eine Unterhandlung. Herr Ettlinger erklärte, seinen Tarif zu unterzeichnen; er ist dagegen bereit, einige der gestellten Forderungen zu bewilligen. Die organisierten Arbeiter sind hiermit aber nicht einverstanden. Eine nochmalige Unterhandlung ist angebahnt. Wir hoffen, daß in Frieden eine Einigung erzielt wird.

Zum Besuche der Internationalen Bauausstellung in Leipzig sind auf Anregung des Leipziger Gewerkschaftskartells von der Ausstellungslitung Vorzugskarten zum Preise von 55 Pf. inklusive Benutzung der Garderoben und Toiletten für Gewerkschaftsmitglieder und deren Angehörige zur Verfügung gestellt worden. Die Karten sind für einzelne Mitglieder bei den Vorständen der Leipziger Gewerkschaften zu erhalten. Für auswärtige Gewerkschaftskartelle und Gewerkschaften, die die Ausstellung korporativ besuchen wollen, werden auf Wunsch über die Leipziger Gewerkschaftskartelle bereit gehalten, wenn rechtzeitig, möglichst eine Woche vor dem Besuch entsprechende Mitteilung gemacht wird. Die Bezahlung der Karten erfolgt bei der Entnahme. Direkt an die Ausstellungslitung gerichtete Anträge auf Preisermäßigung bezw. um Gewährung von Vorzugskarten sind zwecklos. Vor 10 Uhr vormittags und an Sonntagen haben die Vorzugskarten keine Gültigkeit.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1912. Trotz der großen Dezentralisation, die die Gemeinde- und Staatsarbeiter organisatorisch aufweisen, und trotzdem das Berichtsjahr eine Vertragsverlängerung von 10 Pfg. brachte, hat der Verband im Jahre 1912 ansehnliche Fortschritte gemacht. Mit dem nominellen Mitgliederzuwachs von 3707 ergibt sich am Jahresabschluss ein Mitgliederbestand von 51 063; davon sind 1421 weibliche und 125 jugendliche. Von diesen Mitgliedern waren am Jahresabschluss 97,5 Proz. in Gemeindebetrieben und 2,5 Proz. in Staatsbetrieben tätig. Neben dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben sich organisierte Gemeinde- und Staatsarbeiter: verschiedene christliche Verbände rund 3000, katholische Dunderböcke 1200, liberale unabhängige Vereine 2700, gelbe Gewerkschaften 8500, ferner mehrere Zentralverbände und lokale Vereine des Krankenpflege- und Baderpersonals etwa 6000. Außerdem haben andere freie Gewerkschaften 11 000 Mitglieder. Das wurden insgesamt 78 400 Organisierte ergeben. Nicht man hieron die Zahlen der für dieses Organisationsgebiet in Betracht kommenden Staatsarbeiter mit rund 3400 ab, so verbleiben 75 000 organisierte Gemeindearbeiter. Da in städtischen Betrieben etwa 150 000 Arbeiter beschäftigt werden, so wären somit alles in allem etwa 50 Proz. organisiert. Leider verliert diese Zahl der Organisierten ebenfalls an Stützpunkt durch die Zersplitterung der Mitglieder in den vielen Korporationen. Kommen doch für die Organisierung der Gemeindearbeiter 21 Zentralverbände und über 200 lokale Vereine in Betracht.

Vom Mitgliederstande des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter stellen nahezu ein Drittel, nämlich 31 Proz., die Gaswerke, ihnen folgen die Bauämter mit 15 Proz., Straßenreinigung 10,8 Proz., Wasser- und Badeanstalten mit 6,3 Proz., Müll-, Abfall- und Abwasserbeseitigung mit 6,3 Proz., Gärten, Parks und Friedhofanlagen mit 4,7 Proz., Straßenbahnbediensteten und Streckenpersonal mit 3,1 Proz., Hafenbahnen, Speichereinrichtungen, Markthallen, Vieh- und Schlachthöfe, Feuerwehrt, Theater, Schulen, Desinfektions-, Bedürfnisanstalten mit kleineren Prozentzahlen.

Das finanzielle Ergebnis der jährlichen Verbandstätigkeit ist außerordentlich günstig. Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Vorjahre um zirka 216 000 Mk., die Ausgaben um 207 000 Mk. erhöht. Die Gesamteinnahmen betragen 1 230 930 Mk., die Ausgaben 1 045 597 Mk., sodaß 194 332 Mk. zum Vermögen geschlagen werden konnten, das insgesamt 846 553 Mk. ausmacht. Von den Ausgabenposten sind zu nennen: Krankenunterstützung 201 139 Mk., Arbeitslosenunterstützung 26 519 Mk., Sterbunterstützung 46 137 Mk., Rechtschutz 6191 Mk., Gemahnterstützung 6053 Mk., Streikunterstützung 40 304 Mk., sonstige Unterstühtungen 5894 Mk., also zusammen 332 208 Mk. Für Lohnbewegungen ohne Arbeitsbeschaffungen und für Agitation wurden 109 451 Mk. verausgabt. Als Gesamtbild kann ein guter Fortschritt trotz der verschiedenen Widerwärtigkeiten, die der Verband im Jahre 1912 zu überwinden hatte, konstatiert werden.

Kommunalpolitik.

Knielingen, 10. Mai. Eine Nichtstimmung schwerer Art herrscht seit Jahren unter jenem Teil der hiesigen Einwohnerschaft, der deshalb, weil er nicht hier geboren, nicht das Prädikat

Presse die Schuld zurechnen. Man sollte sich einmal über die Vorschriften und Einrichtungen genau orientieren, dann würde bei der Werbung eines Angestellten in einem ausländischen Kinobetrieb auch stets darauf hingewiesen, daß bei uns so etwas nicht vorkommen kann, da die Behörden und die Theaterbesitzer gewissenhaft ihre Pflicht erfüllen.

Kunst und Wissenschaft.

Babischer Kunstverein Karlsruhe. Wie uns vom Sekretariat des Babischen Kunstvereins mitgeteilt, wird in der Zeit vom 14. bis 19. d. M. ein Gemälde: „Residenzschloß in Karlsruhe“ darstellend und von dem hiesigen Maler A. Gebhard ausgeführt, in den Kunstvereinsräumen ausgestellt werden. Das ausgestellte Objekt ist das Hochzeitsgeschenk der babischen Großherzogin Wilhelme für die Tochter Wilhelm II.

Helferlei. In Gausen fand am Samstag, wie alljährlich, die Helferlei statt, zu welcher sich Teilnehmer aus dem Rheingebiet, aus Basel und dem Einzugsgebiet aus dem Unterlande eingefunden hatten. Bei dem Festakt im Schulhause hielten Bürgermeister Kaufner von Gausen und Dr. Jenny von Basel Ansprachen und es wurden aus der Helferlei Geschenke an arme Kinder, Bekleidungs- und ein Brautpaar verteilt. Am nachfolgenden „Gedächtnis“ in den „Linde“ nahmen über 100 Personen teil; es wurden zahllose Trinksprüche ausgebracht und Gedichte vorgetragen. Pastor Deurke regte an, der Jugendliebe Gedächtnis, Gedenke, die auf dem Friedhof in Weß der Gedächtnis liegt, ein würdiges Denkmal zu errichten, wie dies für Friederike Brion, die Jugendgeliebte Goethes, geschehen ist. Unter den eingelassenen Glückwünschen befand sich auch ein Telegramm von der in den 60er Jahren lebenden Frau Amelie Böhmig in Dresden, dem einzigen noch lebenden Pathekind Goethes.

Von der Deutschen Freien Studentenschaft. In der Pfingstwoche, beginnend am Dienstag den 13. Mai bis Freitag den 16. Mai, findet in Weimar die 13. Tagung der Deutschen Freien Studentenschaft statt. Wie alljährlich sind Vertreter der freien Studentenschaften sämtlicher deutscher Hochschulen zu erwarten. Die Beteiligung wird diesmal voraussichtlich um so stärker und das Interesse der Öffentlichkeit an dem Verhandlungen um so größer sein, als der freistudentische Innungskampf, der sich um Programm- und Organisationsform der freien Studentenschaften dreht und der seit drei Jahren eine ununterbrochene Verschärfung erfahren hat, endgültig

Gemeindebürger zu sein, besitzt. Gleichberechtigt mit dem Gemeindebürger sind diese Angestellten in einem Punkte zu wahren, nämlich in der Erfüllung der Pflichten, dem Führen der Anlagen. Da herrscht volle Gleichheit. Anders lagern sich die Verhältnisse in Punkt Rechte. Der Gemeindebürger bezieht für 0,9 M. Auflage Feld und Wiese zur Nutzung, sowie jährlich 2 Raummeter Brennholz und 50 Welsen. Der Nichtbürger erhält nichts. Die Gemeinde besitzt einen großen Wald, in dem eine Masse hiesiges Holz verkauft. Untereicht sich aber ein Nichtbürger oder dessen Frau, ein Bündel hiesiges Holz, das doch verkauft, zu holen, so ist ihr neben einer klug niedrigeren Beschimpfung ein Strafmandat von einer Reichsmark sicher. Schreiber dieses erhielt a. B. vor vier Jahren ein solches Bänderbüchsen Strafmandat, bezahlte aber nicht, sondern verlangte gerichtliche Entscheidung. Vor Gericht wurde derselbe freigesprochen, die Kosten erhielt die Staatskasse. Dem anwesenden früheren Bürgermeister und einigen Gemeindevätern wurde bedeutet, daß ihr Beschluß nicht schön sei und aus dem Frieden in der Gemeinde keinestwegs förderlich sein könne. Auch läßt der Gemeinderat seinen Beschluß nicht öffentlich bekannt geben sein. Publikationsorgan ist bis heute der Waldhüter. Zahlreiche Nichtbürger fragen nun in aller Deutlichkeit, ob dieses Verhalten und Vorgehen Recht ist.

1. Oberried, 14. Mai. Laut Bekanntmachung des hiesigen Gemeinderats ist das Freibad unterhalb des Schwimmbades für Kinder täglich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr geöffnet. Dienstag, Donnerstag und Samstag nachmittags ist das Bad ausschließlich für Mädchen geöffnet. Im städtischen Schwimmbad können Knaben und Mädchen nur unter Aufsicht ihrer Eltern bis 6 Uhr abends baden.

Der neue Bürgermeister in Wallstadt. Endlich hat Wallstadt seinen längst ersehnten Bürgermeister erhalten. Zum Ortsbürgermeister auf zwei Jahre, mit dem Gehalt des vorherigen Bürgermeisters (600 Mk. jährlich) wurde der älteste Gemeindevater Herr Johann Troppmann ernannt. Man machte den Sozialdemokraten zum Vorwurf, daß er von der Regierung eingesezte Bürgermeister einen sehr hohen Gehalt angefordert hätte und folglich durch dieses der Umlozung erhöht werden müßte. Wir sind mit dem Resultat zufrieden und hoffen, daß wir gemeinsam mit dem neuen Bürgermeister zum Wohle der Gemeinde zusammenarbeiten können.

Wasserwerk. Der Bürgerausschuß von Riehen bei Sinsheim genehmigte mit 52 gegen 1 Stimme die Errichtung einer Wasserwerkstation mit einem Aufwand von 78 500 Mk.

Die Wirkung der Einfuhr von ausländischem Schmalz. Die Stadtverwaltung in Augsburg hat schon seit etwa einem halben Jahre die Einfuhr von ausländischem Schmalz und Schmalzweib in die Hand genommen. Ueber die Wirkung dieser Einfuhr auf die Preisgestaltung am Ort äußerte sich der Obermeister der Augsburger Metzgerei in einer Versammlung: „Es muß anerkannt werden, daß ohne die Einfuhr dänischer Ochsen und dänischen Fleisches heute in Augsburg das Pfund Fleisch mindestens 1,20 Mk. kosten würde.“ Das Pfund Ochsenfleisch kostet zurzeit in Augsburg 90 bis 100 Pfg. Die Maßnahmen der Stadtverwaltung haben also eine Preissteigerung von 20 Pfg. pro Pfund verhindert.

Aus der Partei.

46. Landtagswahlkreis (Pforzheim-Durlach-Ettlingen). Die beteiligten örtlichen Parteioptionen werden heute nochmals auf die am Sonntag, 18. Mai, morgens 10 Uhr, im „Abend“ in Ortswahllokal stattfindende Wahlkreisversammlung aufmerksam gemacht. Wir erwarten, daß jede Organisation vertreten ist und auch die örtlichen Vertrauensleute erscheinen. Das Wahlkreisamt.

H. A. G. Leppert, Ettlingen, Friedrichstraße 2. Durmersheim. Der Parteigenosse zur Kenntnis, daß am Samstag, 17. d. M., unsere Mitgliederversammlung stattfindet und zwar abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Kreuz“. Vollständiges Erscheinen ist unbedingt notwendig. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Am kommenden Sonntag, 18. d. M., nachmittags 1/2 3 Uhr, findet im Kreuz eine Proletkerversammlung gegen die Mittelschulfrage statt. Das Referat hat Landtagsabg. R. Kolb übernommen. Es wäre zu wünschen, daß diese Versammlung nicht allein von der Durmersheimer Arbeiterkraft besucht wird, sondern daß sich die Arbeiter von den Nachbarorten ebenfalls zahlreich daran beteiligen.

Oberwiesheim, 15. Mai. Im Gasthaus zur „Linde“ hier findet am Samstag, 17. Mai, abends 6 Uhr, eine öffentliche Versammlung statt. Stadts. A. Abels aus Karlsruhe wird über „Die politische Lage“ referieren. Die Parteigenossen werden ersucht, für einen guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

zum Abschluß gebracht werden soll. Neben der Tagung der Deutschen Freien Studentenschaft fand am Pfingstmontag, 12. Mai, und Dienstag, 13. Mai, der 8. Bundestag des freistudentischen Bundes statt, in dem die Verbände ehemaliger Freistudenten zusammengeschlossen sind. Auf der Tagesordnung des freistudentischen Bundes stand u. a. ein Vortrag von Generalstabschef Dr. Heintzsch über: „Die Stellung der freistudentischen Bewegung in der Pädagogik“ und ein von Lichtbildvorführungen unterstütztes Doppelreferat von Ingenieur A. Timm-Düffeldorf und Dr. A. Cortwegh-Kelzig über „Die studentische Wohnungsfrage“.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 16. Mai. B. 60. Zum erstenmal: „Mein alter Herr“, Lustspiel in 3 Akten von Franz und Victor Arnold. Anfang 1/2 8, Ende 1/2 10 Uhr. Freitag, 17. Mai. A. 60. „Tiefenland“, Muffidrama in einem Vorspiel und 2 Akten von Albert. Pedro: William Wegener von London als Gast. Anfang 1/2 8, Ende gegen 10 Uhr. Samstag, 17. Mai. 41. Vorsp. auf. Ab. Ermäßigte Preise. „Die Jungfrau von Orléan“, Trauerspiel in 5 Akten nebst einem Vorspiel von Schiller. Anfang 7, Ende 1/2 11 Uhr. Sonntag, 18. Mai. C. 60. „Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg“, in 3 Akten von Mich. Wagner. Tannhäuser: William Wegener von London als Gast. Anfang 6, Ende gegen 10 Uhr. Montag, 19. Mai. A. 61. „Mein alter Herr“, Lustspiel in 3 Akten von Franz und Victor Arnold. Anfang 1/2 8, Ende 1/2 10 Uhr.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.) Die Kritik. Organ des Arbeiter-Abletensbundes Deutschlands. Erschienen ist die Nr. 5 des 7. Jahrgangs. Aus dem Inhalt: Dänemark. Reichsverbands-Jahrbuch 1913; Reichsverbandschronik. Dies und das. Die Kritik schließt eine Mitteilung von Professor Wilhelm Haberkmamp, „Kriegsgruppe“. Technik des Stellmachers. Fachtechnische Aufsätze mit zahlreichen Abbildungen und Zeichnungen für die Stellmacherei, 28 S., Oktav. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiter-Verband, Berlin 1918. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, G. m. b. H., Preis 3 Mk.

Destringen, 15. Mai. Am Sonntag, 18. Mai, nachmittags 8 Uhr, hält der sozialdemokratische Verein im Gasthaus zum „Linden“ eine Versammlung ab, wozu wir Gewerkschaftskollegen und Volkswendelster einladen. Genosse A. Biele-Karlische wird einen Vortrag halten.

Luftschiffahrt und Flugsport.

Prinz Heinrich-Flug 1918. Dritte Etappe: Koblenz-Frankfurt-Neustadt a. d. G. - Karlsruhe. 300 Kilom. Ueber den Verlauf des Fluges liegen folgende Meldungen vor:

Koblenz, 14. Mai. Zur dritten Etappe Koblenz-Karlsruhe starteten heute früh 11 Flieger. (Die Namen der Flieger und die Uhrzeit der Abflüge haben wir gestern schon veröffentlicht. Die Red.)

Mainz, 14. Mai. Von den zwischen 6 und 7 Uhr die hiesige Kontrollstation Großer Sand passierenden 9 Fliegern mußte Carpanico wegen Zylinderdefekts landen. Er zog nach der Reparatur weiter.

Frankfurt a. M., 14. Mai. Die Kontrollstation Heßfeld passierten: Ingenieur Savelad 6 Uhr 24 Min., Leutnant Frhr. v. Haller 6 Uhr 26 Min., Ingenieur Schlegel 6 Uhr 36 Min., Leutnant Frhr. v. Thüna 6 Uhr 38 Min., Leutnant Canter 6 Uhr 47 Min., Leutnant Joly 7 Uhr 9 Min., Ing. Helten 8 Uhr 10 Min., Leutnant Coeper landete hier, um die Hindertoren auszubeseitigen.

Frankfurt a. M., 14. Mai. Leutnant Coeper ist 6 Uhr 49 Min., Leutnant v. Hefsten 7 Uhr 04 Minuten hier gelandet.

Neustadt a. G., 14. Mai. Als Erster passierte die hiesige Kontrollstation Flugfeld Mienthal Ingenieur Savelad 7 Uhr 19 Min., Ingenieur Schlegel und Leutnant Joly sind hier gelandet.

Neustadt, 14. Mai. Ingenieur Schlegel hatte beim Start einen Unfall; der Propeller wurde beschädigt und ein Bedienfester des Flugplatzes leicht verletzt. St. Joly fuhr beim Start in einen Graben. Untergetstelt und Schraube seines Apparates wurden zertrümmert. St. Kaffners Apparat kippte beim Landen nach vorne um; auch an diesem Apparat wurden Propeller und Vordergestell zerbrochen. Es sind also drei Flieger auf dem hiesigen Platz liegen geblieben.

Karlsruhe, 14. Mai. Ingenieur Savelad landete bei Heidelberg, ebenso St. Canter. St. Carpanico mußte in der Nähe von Groß-Gerau wegen der starken Sonnenbestrahlung niedergehen; er will heute abend weiterfliegen.

Koblenz, 14. Mai. Heute morgen starteten noch St. Kaffner um 6 Uhr 58 Min. und Oberleutnant v. Beckstein um 7 Uhr 01 Min.

Worms, 14. Mai. Zwischen Rheintürkheim und Oberstein mußte heute früh kurz vor 7 Uhr der Otto-Doppeldecker, Führer St. Haller wegen Motordefekts landen. Das Flugzeug stieß dabei so hart gegen den Boden auf, daß die Weiterfahrt aufgegeben werden mußte. Das Flugzeug wurde amontiert.

Karlsruhe, 14. Mai. Es landeten heute morgen: Ingenieur Schlegel bei Neustadt um 6 Uhr 41 Min., St. Frhr. v. Haller bei Dürkheim, Ing. Savelad bei Heidelberg, Frhr. v. Thüna mit Motordefekt bei Eggenstein, St. v. Hefsten um 10 Uhr 13 Sekunden auf dem Flugplatz Karlsruhe, St. Joly um 8 Uhr 32 Min. in Neustadt a. G., St. Canter um 8 Uhr 41 Min. 55 Sec. bei Heidelberg, St. Coeper in Frankfurt am Main, Ing. Schade bei Groß-Gerau, St. Kaffner bei Heidelberg und St. v. Beauclieu bei Mainz.

Karlsruhe, 14. Mai. St. Canter, der um 4.19.36 Uhr in Heidelberg aufgestiegen war, ist 4.49.40 Uhr auf dem hiesigen Flugplatz glatt gelandet.

Karlsruhe, 14. Mai. Ing. Schlegel ist 6.10.43 Uhr, St. Joly 7.24.57 Uhr gelandet.

Flugplatz Mienthal bei Neustadt a. G., 14. Mai. Das Luftschiff „Victoria Luise“, das gegen 2 Uhr in Frankfurt a. M. aufgestiegen war, ist gegen 1/2 5 Uhr hier eingetroffen und unter dem Jubel einer ungeheuren Menschenmenge gelandet. Nach Übernahme des Passagierwechsels wird das Luftschiff nach Frankfurt zurückkehren. — Der Ingenieur Schlegel, der inzwischen seine Maschine repariert hat, ist zum Weiterfluge nach Karlsruhe aufgebrochen.

Gießen, 14. Mai. Leutnant Sommer, der bei dem Sturze einen schweren Bodenbruch und eine Zerschneidung der Nase davon getragen hat, wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht, wo er in bedenklichem Zustande darniederliegt.

Heidelberg, 14. Mai. Oberleutnant Savelad, der 6.45 Uhr von hier nach Karlsruhe weiterfliegen wollte, ist kurz nach dem Aufstieg aus etwa 20 Meter Höhe abgestürzt. Sein Begleiter, der Leutnant v. Acheberg, erlitt leichte Verletzungen, der Führer des Flugzeuges blieb unverletzt.

Die Verfassungsurkunde für den preussischen Staat nebst den Bestimmungen über die Bildung des Herrenhauses und dem Wahlrecht und Wahlreglement für das Abgeordnetenhaus. Mit Einleitung und kurzen Anmerkungen von Emil Eichhorn. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW. 68. Preis 30 Pfg.

Einleitung — Verfassungsurkunde — Titel 1 Vom Staatsgebiete — Titel 2 Von den Rechten der Preußen — Titel 3 Vom König — Titel 4 Von den Ministern — Titel 5 Von den Ministern — Titel 6 Von der richterlichen Gewalt — Titel 7 Von den nichtrichterlichen Staatsbeamten — Titel 8 Von den Finanzämtern — Titel 9 Von den Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden — Titel 10 Allgemeine Bestimmungen — Titel 11 Uebergangsbestimmungen — Zusammenfassung des Herrenhauses — Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus — Aus dem Wahlreglement — Sachregister.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Postbeurte.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. F. Bloch, Administration Berlin W., Potsdamerstraße 121 h, die bekanntlich alle 14 Tage erscheinen, haben heute das 9. Heft ihres 19. Jahrganges herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Theodor Leipart, Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiterverbandes: Die Bedeutung der Konzentrationsbewegung in den deutschen Gewerkschaften. — Max Schöppel: Amerikanische Sozialreformen. — Wilhelm Schärer: Sozialdemokratie und Herrschaftsverfassung. — Hilgart Viehöver: Sören Raby Skerfgaard — Dr. Benno Chajes: Ist der Inapparat notwendig? — Zentralarbeitersekretär Rudolf Wiffel: Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Unfallversicherung für die Unternehmer. — Genossenschaftsbewegung von G. David. — Staatssozialismus von E. Fischer. — Philosophie von Dr. A. Grelling. — Geschichte von P. Kampffmeyer. — Hygiene von Dr. G. Goldschmidt. — Wildende Kunst von L. Stern. — Landwirtschaft von Dr. A. Schulz.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pfg., pro Quartal (6-7 Hefte) 3 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, auf jedes Postamt, bei allen Kolportageuren, in den Kiosken, sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstraße 121 h, Berlin W. 36. Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert. Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

* Rabolzell, 13. Mai. Der Mörder der hier wohnhaften Frau Weber, der Schreinergehilfe Graf aus Oberlochingen (Württemberg), der nach dem Ueberfall auf Frau Weber flüchtig gegangen war, wurde in Ulm a. D. verhaftet.

Der Reiseverkehr während der Pfingstfeiertage war trotz des wenig günstigen Wetters am Samstag und Sonntag ein außerordentlich lebhafter. Am Samstag wurden zahlreiche Ergänzungszüge und Sonderzüge geführt, am Sonntag allein ungefähr 50 Sonderzüge. Sehr lebhaft war der Verkehr am Pfingstmontagabend. Vielfach kam es zu starken Verspätungen, besonders am Samstag auf den Strecken Heidelberg-Karlsruhe und Stuttgart-Karlsruhe; auf der letzteren Linie wurden die Verspätungen durch eine Zugentgleisung zwischen Mühlacker und Vietingheim, die glücklicherweise keine nachteiligen Folgen für die Reisenden hatte, hervorgerufen. Der stärkste Verkehr herrschte in den Bahnhöfen Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe, z. T. verursacht durch die in jenen Orten abgehaltenen besonderen Veranstaltungen.

Eisenbahnstationen. Man schreibt uns aus dem Pfingst: Am Pfingstamstag herrschte unter den ins Pfingstland fahrenden Arbeitern starke Erbitterung wegen der Maßnahmen an der Bahnreisepolizei in Durlach. Bekanntlich schließt die Fabriken vor den hohen Festtagen um 2 Uhr. Zur Heimkehr der Arbeiter werden Ergänzungszüge eingestellt. Letzten Samstag hatte der nach Pforzheim fahrende Kurzug erhebliche Verspätung. Damit nun ja kein Wochenanfangsfehler den Zug benützen konnte, schloß man die Sperre bis zehn Minuten nach 2 Uhr einfach zu. Der Ergänzungszug sollte aber bereits 2 Uhr 18 Minuten abfahren. Es war daher natürlich unmöglich, alle die zu Hunderten zählenden Arbeiter in der kurzen Zeit von drei Minuten durch die Sperre zu lassen. Die Folge war, daß ein ganz beträchtlicher Teil in Durlach bleiben mußte und annähernd gegen zwei Stunden später erst fahren konnte. In diesem Zuge wurde ohne Mittagspause in den Fabriken durchgearbeitet, ein jeder möchte da nach Hause, um sein Mittagessen einzunehmen. Durch dieses Verhalten der Bahnbehörde war es ihnen unmöglich, die Schuld dürfte nicht an den Schaffnern liegen, sondern wo anders. Diese Zeilen genügen hoffentlich, um solche kleinen Schikanen in Zukunft ein Ende zu bereiten.

Landwirtschaftliches.

* Engen, 9. Mai. Der Verband der oberbadischen Pferdezüchtervereine hält seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung am Sonntag, 18. Mai, hier ab. Die Tagesordnung enthält neben der üblichen Berichterstattung einen Vortrag über Pferdegeld, gehalten von Bezirksleiter Dr. Helmman in Stodach.

* Dienensucht. In der Zeit vom 9. bis 21. Juni d. J. wird auf Augustenbergs ein Dienensucht für Männer und Mädchen abgehalten. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an diesem Kurse erhalten auf Wunsch Kost und Wohnung in der Anstalt gegen eine Vergütung von 1.40 Mark pro Tag. Unbemittelte können diese Kosten ganz oder teilweise nachgelassen, auch können die Reisekosten ersetzt werden. Anmeldungen sind unter Beilage eines Vermögenszeugnisses — wenn auf Vergünstigung Anspruch erhoben wird — bis spätestens den 31. Mai d. J. bei dem Vorstande der großherzoglich-sächsischen Augustenbergs, Post Strödingen, schriftlich einzureichen.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Sitzung vom 9. Mai.

Mit der Verhandlung der Anklage gegen den Schreiner R. F. L. aus Döbel wegen Diebstahls im Rückfall wurde die heutige Sitzung der Strafkammer I aufgenommen. Der Angeklagte wohnte im Monat März hier in der Bürgerstraße mit dem Metzgergehilfen Schödlin mehrere Tage zusammen. Derselbe entwendete L. eine Taschenuhr im Werte von 20 Mk. und einen Revolver im Werte von 8 Mk. Die gestohlenen Sachen verkaufte der Angeklagte in seinem Nutzen. Als er wegen des Diebstahls verhaftet wurde, gab er dem Schutzmann einen falschen Namen an. Das Gericht erkannte wegen Diebstahls und falscher Namensangabe unter Anrechnung von 1 Monat 3 Tagen Untersuchungshaft auf 6 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Der wegen Diebstahls schon erheblich vorbestrafte Maier F. G. aus Dinglingen war heute wiederum angeklagt, weil er fremdes Eigentum sich angeeignet hatte. Er lernte am 1. April in einer hiesigen Wirtschaft den Gießer Diefich aus Konstanz kennen. Beide machten im Laufe des Nachmittags eine längere Bierreise, die sie abends in die „Stadt Pforzheim“ führte. Dort schlief Diefich, der ziemlich angetrunken war, am Bierische ein. Diese Gelegenheit benützte G., seinem Begleiter, wohl zum Danke dafür, daß dieser ihn den ganzen Nachmittag freigegeben hatte, den Geldbeutel aus der Tasche zu stehlen, in dem sich der Geldbetrag von etwa 20 Mk. und ein Eherring befanden. Mit seiner Beute machte der Angeklagte sich alsbald davon. Er konnte aber schon omdem Tages festgenommen werden. Zur Entschuldigung seiner Tat vermochte G. nichts vorzubringen. Er befand sich in seiner Notlage, denn er hatte Beschäftigung bei einem Tagesbedienten von 5 Mk. Mit Rücksicht auf die Vorstrafen des Angeklagten und auf dessen Gang zum Diebstahl, wurde derselbe mit 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, bestraft. — Das hiesige Schöffengericht verurteilte in seiner Sitzung vom 11. November den Maurer R. W. aus Habach wegen Körperverletzung mit 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis. Der Angeklagte legte gegen diese Entscheidung Berufung ein, die heute zur Verhandlung kam. Wegen Ladung weiterer Zeugen mußte die Sache vertagt werden. — Während des Monats März verübte der Provisionreisende A. B. aus Gießen hier unter falschem Namen mehrere Logiswindelsteine, indem er sich unter der Angabe, er befinde sich in Karlsruhe in Stellung und sei in der Lage, stets seinen Verpflichtungen nachzukommen, einmietete, um dann nach einiger Zeit, ohne seine Verpflichtungen zu begeben, zu verschwinden. Er schädigte dadurch drei Vermieter, die ihm frühzeitig und Logis gewährt hatten, um 4.20 Mk., 20 Mk. und 24 Mk. Außer dieser Betrügerei machte der An-

geklogte sich auch der Urkundenfälschung schuldig. Er hatte die ihm von den Logisgebern vorgelegten polizeilichen Anmeldungen mit den falschen Namen, unter denen er sich einmietete, ausgefüllt und unterschrieben. Der wegen gleicher Betrügereien schon vorbestrafte Angeklagte erhielt unter Anrechnung von 6 Wochen Untersuchungshaft 6 Monate Gefängnis. — Im April 1909 gründete der Kaufmann J. R. aus Malsenice hier ein Wäschegeschäft. Dasselbe ging anfänglich gut und entwickelte sich derart, daß ein Jahresumsatz von 45 000 Mk. erzielt wurde. R. arbeitete mit einer großen Zahl von Hausierern, von denen er stets über ein Duzend in Diensten hatte. Vor etwa Jahren kam R. aus Galizien nach Deutschland. Anfänglich war er Hausierer, dann trat er in Sträßburg bei seinem Bruder in Stellung, der dort ein größeres Geschäft betreibt. Zu Anfang des Monats April 1909 machte er sich in Sträßburg selbständig. Sein Geschäft ließ sich auf die Dauer nicht halten, so daß es am 11. Dezember zum Konkurs kam. Im Laufe des Konkursverfahrens zeigte sich, daß R. Handelsbücher zu führen unterlassen hatte, und daß er entgegen der Bestimmung des Handelsgesetzbuchs die Bilanz seines Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit nicht zog. Deshalb hatte R. sich heute wegen Vergehens gegen die Konkursordnung zu verantworten. Der Fall endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu 300 Mk. Geldstrafe. — Am 11. März gelangte vor dem Schöffengericht Karlsruhe die Anklage gegen die hiesigen Kaufmannsbrüder Wilhelm S. aus Karlsruhe, Georg W. aus Brauerstraße und Karl W. aus Stein wegen Betrugs zur Verhandlung. Sie waren beschuldigt, dem Schmied R. K. nach dem sie ihn für den sie fährten nach dem Frießhof am 30. November auszuführen hatten, für jeden Wagen 6 Mk. zu rechnen zu haben, obwohl sie nur 4 Mk. zu beanspruchen hatten. Das Schöffengericht erkannte gegen S. und W. auf je 15 Mark, gegen W. auf 25 Mk. Geldstrafe. Die Angeklagten legten gegen dieses Urteil Berufung ein, S. und W. mit dem Erfolg der Freisprechung. Dagegen verblieb es bezüglich des W. bei der schöffengerichtlichen Strafe.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Mai.

Mitteilungen aus der Stadtratssitzung vom 8. Mai 1918.

Spende. Herr Brauereidirektor Konmerzintant Karl Wöninger und Herr Brauereidirektor Stephan Wöninger haben die für den Ankauf zweier Seeläwen für den Stadtpark anzuwendenden Mittel im Betrage von 1400 Mk. in freigelegter Weise dem Stadtrat zur Verfügung gestellt. Der Stadtrat nimmt diese Spende mit herzlichem Dank an.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Nachdem der Bürgerausschuß die Erlassung eines Ortsstatuts beschlossen hat, wonach Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe an den Sonn- und Festtagen — mit Ausnahme der vier Sonntage vor Weihnachten — nicht beschäftigt werden dürfen und der Stadtrat diesem Beschlusse seine Zustimmung mit der Maßgabe erteilt hat, daß an den Festtagen die anfallenden Geschäfte in dem bisherigen Umfang sollen geöffnet werden dürfen, macht er dem Großherzoglichen Bezirksamt Vor schläge wegen der Festlegung der Öffnungszeiten an diesen Tagen und wegen der nach § 105b Absatz 2 und § 105e der Gewerbeordnung von der Polizeibehörde und vom Bezirksrat weiter zu gestattenden Ausnahmen, insbesondere für das Bedürfnisgewerbe. Die Vororte Veitersheim, Durlach, Grünwinkel, Rinsheim und Ruppurr sollen hinsichtlich der Bestimmungen über die Sonntagsruhe grundsätzlich mit der Altstadt gleich behandelt werden, nur für die Kirchweih-Sonntage werden dieselben Ausnahmen beantragt, wie für die Fest-Sonntage bezüglich der Altstadt.

Regelung des Feuerbestattungswesens. Das Großherzogliche Ministerium hat den Städten der Stadtordnung, soweit sie im Besitz von Krematorien sind, den Entwurf einer auf Grund des § 96 Absatz 1 des Polizeiverordnungsbuches (in der Fassung des Gesetzes vom 22. Juni 1912, die Abänderung des Polizeiverordnungsbuches betr.) zur Erläuterung der Verordnung über die Feuerbestattung zur Ausführung zugehen lassen. Der Entwurf geht grundsätzlich davon aus, daß die Feuerbestattung vorerst als die überlieferte und übliche, die Feuerbestattung als die Ausnahme zu behandeln sei und daß deshalb schon aus Gründen der Pietät, abgesehen von Gründen der Strafrechtspflege, an dem Erfordernis der Einwilligung der Verstorbenen für den Fall der Feuerbestattung festgehalten werden müsse. Im übrigen stellt er in der Hauptsache eine Zusammenfassung des Inhalts der bisherigen ortspolizeilichen Vorschriften über die Feuerbestattung dar. Die beteiligten Städte haben zur Vorberatung des Entwurfs der Verordnung eine Kommission ernannt. Dem von dieser Kommission erhaltenen Gutachten schloß sich der Stadtrat an.

Wirtschaftsbetrieb auf den diesjährigen Messen. Die für den Wirtschaftsbetrieb auf der diesjährigen Frühjahrsmesse und Spätharvestenmesse bestimmten Plätze auf dem neuen Messegelände der Durlacher Allee sind von der Weisenhofbau AG öffentlich versteigert worden. Den Zuschlag haben erhalten: für den Platz A. Wirt Heinrich Rein zum Preis von 2115 Mk., für den Platz B. Wirt Rudolf Wundschuh zum Preis von 1810 Mk. Jeder der beiden hat außerdem als Mieth für die Mitbenützung von Teilen des Messegeländes den Betrag von 1200 Mk. zu zahlen. Der Stadtrat erteilt hierzu seine Genehmigung.

Internationale Hygiene-Ausstellung. Der Stadtrat hat für die Förderung der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1911 eine künstlerisch ausgestattete Ehrenurkunde anerkannt und von dem Präsidium der Ausstellung überhandelt worden. Es wird beschlossen, die Urkunde im städtischen Archiv aufzubewahren.

Kalspreite. Die Preise für den von den städtischen Gaswerken an Private abzugebenden Kals werden nach den Angaben der Gaswerksdirektion für die Zeit vom 1. September 1918 bis 31. August 1914 in der bisherigen Höhe festgesetzt.

Etwas über das Kapitel Sparbarkeit. Man schreibt uns: Die Kassenvorstände der Karlsruher Ortskrankenkassen wenden

sich in einem Flugblatt an ihre Mitglieder mit der Aufforderung zur Sparbarkeit in bezug auf Krankheits- und Unterstützungsfälle. In diesem Flugblatt wird angeführt, daß das finanzielle Ergebnis beim Rechnungsabluß vom Jahre 1912 nicht befriedigend ist. Insbesondere wird die Aufwendung für Krankengelder und Arzneikosten als enorm bezeichnet. Weiter wird darin gebeten, die Mitglieder möchten nicht mit Unbedacht in dem Gebiete der Krankenkassen die Rechte heranzuziehen, oder wegen jeder Kleinigkeit ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Wir sind die allerletzten, die einen Mißbrauch auf diesem Gebiete unterstützen würden und sehen keinen Augenblick an, einen solchen aufs strengste zu verurteilen. Wir bezweifeln aber stark, ob die bestehende Ansicht der Kassenvorstände die richtige ist. Wir glauben, daß es weit zweckmäßiger wäre, gerade den kleineren Krankheiten etwas mehr Bedeutung zu schenken, denn meistens entstehen die größeren Leiden in der Regel aus den kleineren. Durch rechtzeitiges Eingreifen von sachkundiger Hand wäre schon manche Krankheit vermieden oder zu mindest doch der Patient vor langwierigen chronischen Verlauf bewahrt geblieben. Wir meinen, daß man in bezug auf Arbeiter-Versicherung noch nicht so weit gegangen ist, bei der Mehrzahl der Mitglieder handelt es sich um Angehörige der Arbeiterklasse, soll denn, wenn eben gepart werden soll, wo möglich immer wieder auf Kosten der Arbeiter es geschehen? Nebenbei kann es dem Arbeiter noch passieren, daß er in seiner Krankheit noch als Simulant verfaßt wird, trotzdem gerade das Gegenteil der Fall ist. Er simuliert in Wirklichkeit Gesundheit. Die Mehrheit des wertvollen Volkes wird sehr früh schon von Berufs- und anderen Krankheiten befallen, von kleineren Katarrhen und sonstigen Leiden ganz abgesehen, schlechte Luft, mangelhafte Ernährung und Kleidung, Witterungseinflüsse usw. tun auch ihr Mögliches. Besser wie Verordnungen wäre hier, wenn der Staat in den einzelnen Berufs- und Kategorien die hygienischen Verhältnisse durch Verträge übertrügen ließe und dadurch den überhand nehmenden Berufskrankheiten entgegenzuwirken würde.

Nicht zuletzt möchten wir noch darauf aufmerksam machen, daß es auch erfreulich gewesen wäre, bei der Aufzählung der aufgewendeten Arznei- und Krankengelder auch die Verwaltungskosten, insbesondere die Gehälter der oberen Beamten, die Honorare der Kassenzurückführer und die sehr hohen Rechnungen der Apotheken veröffentlicht zu sehen. Gerade auf diesem Gebiete könnte auch so manches gepart werden. Es ist eine der dringlichsten Forderungen der Arbeiterklasse, daß die Apotheken verstaatlicht werden, daß möglichst viele Krankenhäuser und Genesungsheime gebaut werden und daß besonders bedürftige Kranke und Invaliden unterstützt werden, so daß sie mindestens vor dem Verhungern geschützt sind. Aber für alle diese Dinge hat der jetzige Staat keine Zeit und kein Geld. Er braucht das Geld notwendig zur Wahrung einer Handvoll profitablen Kapitalanlagen und Panzerplatten für neue Regimenter, Kanonen und Pulver, das ein patriotisches Geburtstagsfestern nötig in die Luft geschossen wird.

Aus der Handkammer. In der letzten Sitzung wurden eine Reihe von Beratungsgegenständen erledigt. Ueber die dem Reichstage vorliegenden Wehr- und Ordnungsvorlagen findet ein unermüdlicher Meinungsaustausch statt. — Für den 24. Juni l. Js. ist bekanntlich die Einweihung des Nordbades des Karlsruher Rheinhafens in Aussicht genommen. Aus diesem Anlaß wird die Handkammer am dem gleichen Tage im kleinen Saale der Festhalle ein Festmahl veranstalten.

Propagandamarken von Karlsruhe sind schon im Postamtverlag von Schmid, Moos, Kaiserstraße, erschienen. Die künstlerisch-deckende Ausführung dieser Marken hebt dieselben vorteilhaft aus der Masse der übrigen, meist recht buntpfandlosen, Reklamemarken hervor und wird sie zu einem ebenso gesuchten Sammelobjekt wie zu einem anziehenden Schmuck der täglichen Korrespondenz machen.

Strassenbahn durch Durlach. Wegen Fortführung der städtischen Strassenbahn zum jetzigen Endpunkt in der Durlacher Allee durch Durlach bis an den Fuß des Turmbergs (Endpunkt der Gröhringer- und Schillerstraße) auf dem Weg der Stadt Karlsruhe wurde dem Stadtrat ein Vertrag mit dem Gemeinderat Durlach — vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses — abgeschlossen. Die Bahnlinie, die mit den bestehenden Linien ein einheitliches Bahnnetz bilden wird, soll im Anschluß an die Herstellung der Hauptstraße in Durlach gebaut und bis längstens 1. Januar 1914 in Betrieb genommen werden. Es ist eine Wagenfolge von 5 Minuten auf der neuen Linie vorgesehen. Als Gegenleistung räumt die Stadtgemeinde Durlach der Stadt Karlsruhe auf die Dauer von 15 Jahren das ausschließliche Recht zur Versorgung des Gemeindebezirks mit elektrischer Energie ein.

Das neue Verwaltungsgebäude, das die Zentralkasse der badischen landwirtschaftlichen Verkaufsgenossenschaften für den Genossenschaftsverband badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen hier erstellt, ist nun im Rohbau fertiggestellt. Der imposante Bau liegt in unmittelbarer Nähe des neuen Karlsruher Hauptbahnhofs und wird bis zum September d. J. bezugsbar sein. Anlässlich des am 15. Mai hier stattfindenden Verbandstages wird eine Besichtigung des neuen Gebäudes stattfinden.

Landwirtschaftliche Verbandstagen. Wie schon kurz mitgeteilt, findet am Donnerstag den 15. Mai die diesjährige Tagung des Genossenschaftsverbandes badischer landwirtschaftlicher Vereinigungen statt, der eine Generalversammlung der Zentralkasse vorausgeht. Neben der Erhaltung des Tätigkeitsberichts und des Rechnungsabchlusses enthält die Tagesordnung des Verbandstages einen Vortrag von Prof. Dr. Mad in Angersberg über „Die Kontrolle der landwirtschaftlichen Bedarfsstoffe“ und ein Referat von Verbandsdirektor Mehm über die Errichtung städt. Schweinezuchtanstalten. Tags zuvor, am 14. Mai, findet nachmittags im kleinen Festsaal der Verbandstags des bad. Molkereiverbandes statt, wobei über die wichtige Frage: „Die Ausführung des Reichsweidengesetzes in Baden“ Bericht erstattet werden wird und „Eine Milchlieferungsordnung für Molkerei- und Milchabgabegenossenschaften“ eingeführt werden soll. Zu dem Verbandstag — der Verband umfasst 800 Genossenschaften — werden gegen 1300 Teilnehmer aus allen Teilen des Landes erwartet.

Freitag — Samstag
Rester und Abschnitte
in 983
Kleider- und Kostüm-Stoffen
Herren- und Knaben-Anzug-Stoffen
Washkleider-Stoffen, Wollmousseline
Zephir, Stickerei-Stoffen
Seltbezug- und Wäsche-Stoffen
Gardinen, Einoleum etc.
W. Boländer, Kaiserstr. Nr. 121.
Rester-Tage mit bekanntem Rabatt.

Städtische Motorbootfahrten auf dem Oberrhein. Nächsten Freitag, 16. Mai, wird das städtische Motorboot „Rhein“ zum erstenmal nach Bittersdorf bei Rastatt fahren, um daselbst Baden-Badener Kurgäste zu einer Fahrt nach Karlsruhe aufzunehmen. Mit dieser Fahrt wird die durchgehende Personenbeförderung auf dem Oberrhein wieder aufgenommen, die seit Mitte vorigen Jahrhunderts geruht hatte. Die Fahrt nach Bittersdorf, die hier um 7 Uhr vormittags beginnen wird und an der ebenfalls Fahrgäste teilnehmen können, wird rund 3 Stunden dauern. Die Talschiffahrt nach Karlsruhe, die in Bittersdorf um 11 Uhr angetreten werden soll, wird etwa 1 1/2 Stunden in Anspruch nehmen und bei schönem Wetter sich zweifellos sehr angenehm gestalten.

Motorfahrt Baden-Baden-Karlsruhe. Zwischen den Städten Karlsruhe und Baden sind Verhandlungen im Gange, um Vergütungsfahrten von Baden nach dem Karlsruher Rheinhafen ins Werk zu setzen. Man würde mit Automobilen von Baden nach Bittersdorf fahren, dann mit dem Motorboot nach dem neuen Hafen. Die Gäste müßten Zeit haben, sich nicht nur den Seitenverkehr, sondern auch die Stadt Karlsruhe anzusehen. Die Rückfahrt würde wieder mit dem Motorboot über Bittersdorf gehen.

Wertmeisterprüfung. Die kürzlich abgeschaltene Wertmeisterprüfung für den hochtechnischen Dienst Baden 21 Kandidaten ordnungsgemäß bestanden und hierdurch gemäß § 8 der landesherrlichen Verordnung vom 8. Dezember 1888 das Prädikat „Wertmeister“ erlangt.

Die Pfennigstücke von 1874. Bekanntlich herrscht auch hier eine wahre Jagd nach 1 Pfennigstücken mit der Jahreszahl 1874. Ein Bankhaus ließ erklären, es handle sich um einen Preßfehler, auf den die Pfennigstücke hereingelassen seien. Von anderer Seite wird erklärt, es handle sich um eine Wette. Darüber weiß man die „Schwarze Post“ zu berichten: Im Spätjahr 1912 wettehen zwei Männer in Gausach um die Summe von 1000 Mark und zwar ging die Wette dahin, daß der eine der Wettenbenachteiligten innerhalb eines Jahres einen Zentner Kupfermünzen aus dem Jahre 1874 zu sammeln, also einen Zentner Eins- und Zweipfennigstücke, die alle die Jahreszahl 1874 tragen müssen. Bringt er einen Zentner dieser Münzen zusammen, bekommt er von dem andern Wettenbenachteiligten 1000 Mark, bringt er sie nicht zusammen, muß er an seinen Partner 1000 Mark bezahlen. Bis Anfang Mai ds. J. hatte der Wettenbenachteiligte 82 Pfund beisammen und er hofft bis zum Ablauf der Frist, 5. September 1918, die noch fehlenden 18 Pfund aufzubringen. Um dies jedoch zu verhindern, sammelt der andere Wettenbenachteiligte diese Münzen und bezahlte Stück für Stück, gleichviel ob 1 oder 2 Pfg.-Stücke 5 Pfg., wenn die Münzen die Jahreszahl 1874 tragen. Beide Wettenbenachteiligten in vielen Orten Vertreter angestellt, die diese Münzen für sie sammeln müssen. Auch die Bankhäuser werden vielfach um 1 und 2 Pfg.-Stücke angefragt und kurze Zeit herrscht ein wahrer Handel und eine starke Nachfrage nach diesen Münzen. Auf den Ausgang der Wette kann man schließlich gespannt sein.

Die Neffensammler. Die in neuerer Zeit vielfach betriebene Verabfolgung von Neffensammlern hat, wie der Karlsruher Handelskammer von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, eine ganz bedenkliche Ausdehnung angenommen. Die Handelskammer Karlsruhe beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung mit diesem Gegenstand und sprach die Ansicht aus, daß sich diese Art Neffensammler zu einer Umfasse auswache, der energisch entgegengetreten werden sollte.

Wettverderben. Vor einer Wirtshaus in der Erbprinzenstraße verlegte Montagabend nach vorausgegangenem Wortwechsel ein 55 Jahre alter, hier wohnender, lediger Tagelöhner einem 38 Jahre alten verheirateten Arbeiter von hier mehrere Pfefferkörner in den Oberkörper und die Hüfte. Der Schwerverletzte wurde ins städtische Krankenhaus aufgenommen; Lebensgefahr besteht nicht. Der Täter ist verhaftet. — Anlässlich einer großen Schlägerei vor einer Wirtshaus in der Erbprinzenstraße in Mühlburg ereignete am 11. I. M., nachts 10.30 Uhr ein lediger Bismarckler von hier 3 Pfefferkörner in den Kopf.

Unfälle. In einem Hause der Moonstraße fiel am 10. I. M. ein verheirateter Zimmermann während der Arbeit von der Leiter und zog sich einen Armbruch zu. — Am gleichen Tage fuhr in der Erbprinzenstraße infolge raschenfahrens eine Kraftfahrerin gegen ein Postfuhrwerk, wobei ein Pferd verletzt wurde. Personen keinen Schaden. — Ein Kaufmannsbesuchung fuhr am 10. I. M., abends gegen 6 1/2 Uhr, an der Ecke von Markgrafen- und Adlerstraße gegen die Pferde eines Postfuhrwerks, kam unter die Pferde und erhielt einen Fußtritt auf den Kopf. Außerdem gingen ihm die Räder des Wagens über die Brust und die Oberkörper. Im Bewusstlosigen, schwer verletztem Zustande wurde er mittelst Krankenautos ins Krankenhaus gebracht. — Ein verheirateter Manglerer von hier stieß am 11. I. M. beim Klappertur Bahnmüßgang, während er auf dem Trittbrett einer fahrenden Manglermaschine stand, mit dem Kopf gegen einen Leitungsast, wurde von der Maschine herabgeschleudert und am Kopfe so schwer verletzt, daß er ins Bingeniushaus überbracht werden mußte.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Im Kaiser-Panorama ist bis 17. Mai eine hochinteressante Donau-Reise: Semlin, Belgrad, Turnseebad usw. ausgestellt.

Im Central-Kinotheater wird von heute bis inkl. Freitag, 16. Mai, der Sensationsklager: „Theodora“, ein historischer Kunstfilm in drei Akten, vorgeführt. Das Stück ist nach Sardous Drama aus der gleichnamigen Kaiserzeit dargestellt.

Im Residenztheater wird gegenwärtig ein Film gezeigt, der uns in die Kriegsjahre 1870-71 versetzt. Unter dem Titel „Mein schöner Tod“ wird die Geschichte von der Gelbin von St. Geronow vorgeführt, die nach den hinterlassenen Aufzeichnungen eines Kriegsveteranen aufgenommen worden ist. Fünf weitere Nummern ergänzen das empfehlenswerte Programm.

Neues vom Tage.

Dyker der Alpen.

Innsbruck, 14. Mai. Der 20jährige Student der Chemie Josef Salogel und sein 14jähriger Bruder, der Realschüler Robert Salogel, beide Söhne eines hiesigen Hotelbesitzers, wurden gestern abend unterhalb der Sattelspitze von einer Schneelawine verschüttet. Eine von Innsbruck abgegangene Rettungsexpedition fand den jüngeren Bruder zwar schwer verletzt vor aber noch lebend auf; der ältere Bruder wurde als Leiche gefunden.

Mord an einem Knaben.

Berlin, 13. Mai. Der Polizeipräsident setzt auf die Ergreifung des Knabenmörders 1000 M. Belohnung aus. Wie sich herausgestellt hat, ist der Ermordete der 13jährige Schüler Otto Klähn aus der Steinhilfsstraße Nr. 46. Der Knabe ist vermutlich in der Nacht zum Freitagmorgen von einem noch unbekanntem Täter ermordet worden. Der Täter schaffte die Leiche auf die Art fort, daß er sie zerstückelte. Er packte zuerst die abgetrennten Beine in gelblichgrünes Papier und ließ das Paket in einer Bedienstetenhand liegen. Ein zweites Paket mit dem Kumpf des Knaben und dessen Kleider legte der Mörder am Potsdamer Bahnhof nieder. Durch die Obduktion der Leiche ist festgestellt, daß der Knabe erdrosselt worden ist. Die Kriminalpolizei war den ganzen gestrigen Tag mit der Nachprüfung der zahlreichen Mitteilungen beschäftigt, hat aber bisher keine bestimmten Anhaltspunkte.

Der Mörder verhaftet.

Berlin, 14. Mai. Die Ermittlung der Kriminalpolizei nach dem Mörder des Knaben Klähn führt dahin, daß der Diener Josef Kitzler zu dem Kundenreis des Kaufmanns Scholz, für den Klähn Botendienste leistete, gehörte, und sich öfters durch Büchsen Glasbier bringen ließ. Sie erhielten dafür jedesmal ein reichliches Trintgeld. Am Samstag hatte Klähn ihm einige Flaschen Bier gebracht und ebenfalls eine Belohnung erhalten. Nach einem zufälligen Zusammentreffen, etwa eine halbe Stunde später, nahm Kitzler den Knaben mit in seine Wohnung, wo er ihn unfittlich mißhandelte. Der Knabe soll dann 100 Mark verlangt haben, sonst würde er Anzeige erlassen. In seiner Angst habe Kitzler nun den Knaben erwürgt, den Leichnam nach dem Korridor getragen und in der Lützower Straße Papiermüllerei gekauft, dann habe er den Leichnam gestückelt und beide Pakete am 1. Feiertag am Wilmersdorfer und am Potsdamer Bahnhof niedergelegt. Seine Aufregung betäubte er durch reichlichen Alkohol, sodas er zuerst seine Wohnung nicht geöffnet habe als die Kriminalkommissäre erschienen, da er sinnlos betrunken gewesen sei. Heute wurde der Kriminalbeamten auf ihr Verlangen geöffnet. Man brachte ihn nach dem Polizeipräsidium. Inzwischen fand man u. a. die Stiefel des Knaben, eingeschüttet in Papier, eine blutbesudelte Mützenkappe und andere Beweisstücke, worauf er ein volles Geständnis ablegte.

Zum Wändener Mord.

Berlin, 14. Mai. Der Mörder des Majors v. Levinski, Zingelher Johann Straßer, ist, wie der „Volkswagen“ von zuständiger Seite erfährt, den Berliner Behörden als Anarchist völlig unbekannt. Auch die Kriminalpolizei in Berlin kannte ihn nicht.

Arbeiterläs.

Berlin, 4. Mai. Ein schweres Unglück hat sich heute vormittag in Treptow ereignet. In der Krebsstraße waren Arbeiter der Firma Siemens u. Halske damit beschäftigt, einen Straßenbahnast aufzurichten. Dabei fiel die zentnerschwere Krone herab. Der Arbeiter Markus wurde lebensgefährlich verletzt, dem Arbeiter Schulze wurden beide Füße zerschmettert. Beide wurden nach der Unfallstation gebracht.

Anfall auf einem Torpedoboot.

Helgoland, 14. Mai. Auf dem mit der Hochseeflotte bei Helgoland über den Torpedoboot S. 148 wurden heute infolge einer Maschinenavarie der Maschinenwärter Kufisch und der Heizer Flonina getötet. Schwer verletzt wurden Ingenieur Aspirant Luedemann, Maschinenmaat Ströhl und Oberwärter Krüger. Das Besinden der Verletzten, die nach Helgoland gebracht wurden, ist zurzeit nicht unglücklich.

Helgoland, 15. Mai. Das Besinden der Schwerverletzten vom Torpedoboot S. 148 ist sehr ernst. Sie hatten kurz vor Mitternacht das Bewußtsein noch nicht wieder erlangt.

Der Bürgermeister von Ufedom.

Paris, 14. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Saïda in Algerien habe der ehemalige Bürgermeister von Ufedom, Trémel, der seit dem 10. April unter dem Namen Lunge im 2. Fremdenlegationsregiment dient, einem Offizier, der ihn befragte, erklärt, daß er gegen die ihm in deutschen Blättern zugesprochene Ansicht Einspruch erhebe. Er habe sogar bekräftigt, daß er in geringsten daran denke, die Fremdenlegion zu verlassen. Das Zivilistenleben habe ihm nur Enttäuschungen und Unannehmlichkeiten gebracht und so habe er sich entschlossen, in die Fremdenlegion einzutreten. Er wolle seine Soldatenpflicht erfüllen und hoffe, unberührt nach Marokko geschickt zu werden.

Swinemünde, 14. Mai. Bürgermeister Trémel aus Ufedom ist feinerzeit in Paris zusammen mit einem Deutschen aus Tilsit für die Fremdenlegion angeworben worden. Dem Tilsiter gelang es, von dem Port de Jean bei Marseille zu entkommen, Trémel selbst wagte aber die Flucht nicht, bat aber den Tilsiter, für ihn in Deutschland zu wirken. (Diese Meldung steht im Gegensatz zu der obigen. Obige stammt eben aus französischer Quelle, letztere aus deutscher. D. Red.)

Der Balkan-Konflikt.

Aufhebung der Blokade.

Cetinje, 14. Mai. Der englische Admiral hat der montenegrinischen Regierung durch den englischen Gesandten in Cetinje davon verständigt, daß die internationale Blokade heute nachmittag um 2 Uhr aufgehoben wurde.

Erleichterung der Einfuhr.

Saloniki, 14. Mai. Generalgouverneur Rastivan hat die Zollämter verständigt, daß von heute an die zur Einfuhr nach dem Hinterland von Saloniki nach den früheren türkischen Vilajets Saloniki, Monastir, Janina, Koffowo und Adrianopel bestimmten Waren, welche in hterzu bezeichneten besonderen Lagerhäusern eingeräumt werden, oder im Transitverkehr direkt weitergehen, von der bisherigen 1 Prozent Zollabgabe befreit werden.

Griechische Geschwerden.

Athen, 14. Mai. Die griechische Presse wendet sich lebhaft gegen die von der „Tribuna“ gemachte Mitteilung über die Fällung der Einwohner von Rhodos, die durch den General Ameglio vorgenommen wurde. Die Einwohnerzahl von Rhodos betrage nicht 13 000, sondern 30 000. In der Stadt Rhodos allein gibt es 5500 Griechen, 3500 Mohammedaner und 2000 Juden.

Die Finanznot der Türkei.

Paris, 14. Mai. Der „Matin“ will aus guter Quelle erfahren haben, daß die Türkei angesichts ihrer finanziellen Lage den Großmächten den Vorschlag unterbreiten wolle, in eine Erhöhung der Einfuhrzölle von 11 auf 15 Proz. abzulassen zu willigen. Die Mächte dürften diesen Vorschlag annehmen, jedoch bei dieser Gelegenheit die Durchführung verschiedener Reformen verlangen, insbesondere werde Frankreich, namentlich mit Unterstützung Englands und Italiens, einen wirksamen Markenschutz fordern.

Hinauszögerung der Friedensverhandlungen.

London, 14. Mai. (Reuter.) Anzeichen deuten auf die Möglichkeit einer Hinauszögerung der Friedensverhandlungen in London hin. Bulgariens Bereitwilligkeit, die Präliminarien sofort zu unterzeichnen, wird von Serbien und Griechenland nicht gebilligt. Serbien und Griechenland sind nicht geneigt zu unterzeichnen, ohne sich alle sie nahe berührenden Punkte voll und ganz vorbehalten und ohne daß diese Punkte erst zwischen den Verbündeten selbst und dann mit den Mächten durch ihre Vorkäster in London erschöpfend besprochen werden. Serbien und Griechenland sind offenbar darauf aus, jeden einzelnen Punkt vorher genau aufzuklären.

Besetzung von Stutari.

Cetinje, 14. Mai. Die zur Besetzung Stutaris bestimmten internationalen Truppenabteilungen, insgesamt 1000 Mann, sind auf dem Vojanafuß an Bord italienischer und österreichischer Schiffe, die vor dem Kriegs der Verlehr auf dem Sotona besorgen, nach Stutari abgegangen.

Verurteilung der österreichischen Reservisten.

Wien, 14. Mai. Wie die Blätter melden, beschäftigt sich der heutige gemeinsame Ministerrat auch mit der Frage der Gerabietung der Effektivbestände an der Südgrenze. Es verlautet, der Beschluß des Ministerrats gehe dahin, daß die Reservisten im Verhältnis der fortwährenden Entwirkung der politischen Lage auf dem Balkan allmählich entlassen werden sollen. Man glaubt, daß die Verurteilung der Reservisten in allernächster Zeit beginnen werde, hauptsächlich derjenigen, deren Lage besonders Berücksichtigung verdient.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

Konstantinopel, 14. Mai. (Wiener Korresp.-Bureau.) Laut amtlicher Meldung ist die Einstellung der Feindseligkeiten mit den Bulgaren bis zum 28. Mai ausgedehnt worden.

Letzte Nachrichten.

Frankreich und die Spielhöllen.

Paris, 14. Mai. Der Budgetausschuß der Kammer lehnte nach langer Erörterung den von der Kammer in Erwägung gezogenen Antrag Bii auf Aufhebung der Spielkasinos mit 9 gegen 8 Stimmen ab und nahm den vom Minister des Innern, Kios, gemachten Vorschlag an, wonach die Konzessionen zur Errichtung von Spielkasinos in Zukunft nur in gesetzlich anerkannten Kurorten auf eine Höchstdauer von drei Jahren erteilt und die gegenwärtig bestehenden Konzessionen einer Revision unterzogen werden sollen.

Zur Berner Konferenz.

Paris, 14. Mai. Der „Matin“ schreibt: Wenn es wahr ist, daß das deutsche und das französische Volk und selbst auch die Elsas-Rothringer keinen Krieg wünschen, wenn es feststeht, daß eine ehrenvolle Formel für die Unabhängigkeit und Solidarität gefunden ist, so wird nichts hindernd im Wege stehen, daß eine zukünftige Gerechtigkeit Platz greifen wird. Rappel sagt, der Versuch zu einer internationalen Entente durch die Berner Konferenz ist gegeben.

Belgien und die Berner Konferenz.

Brüssel, 14. Mai. Der Deputierte Destrees kam gestern in der Kammer auf die Berner Friedenskonferenz zu sprechen. Er meinte, diese Konferenz sei für Belgien äußerst interessant, da eine Annäherung von Frankreich und Deutschland für Belgien eine große Gefahr aus der Welt schaffen würde. Er appellierte an die belgischen Parlamentarier, daß sie an einer demnächstigen Konferenz ebenfalls teilnehmen möchten und nicht wie bisher abseits stehen zu bleiben. Eine solche Konferenz würde nächstens in Brüssel stattfinden.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Paris, General-Verantwortlich, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: J. B. Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luthenstr. 24.

Wasserstand des Rheins.

15. Mai.
Schusterinsel 2.08 m, gef. 2 cm, Reßl 2.98 m, gef. 9 cm
Maxau 4.60 m, gef. 13 cm, Mannheim 4.08 m, gef. 16 cm.

Geschäftliches.

„Mutterfreude ist die reinste Freude“, sagt ein altes Wort, doch sollte jede Mutter daran denken, daß ihr neuer Beruf in erster Linie auch Pflichten auferlegt. Sie muß dafür sorgen, daß ihr Kind die richtige, zweckentsprechende Nahrung erhält und wenn sie nicht selbst stillen kann, so muß sie zu einer künstlichen Nahrung greifen, die allen Anforderungen genügt. „Rottl“ hat sich als Nahrungsmittel für die kleinen Erdendücker schon seit langem bestens bewährt, es ist nahrhaft und leicht verdaulich, wohlschmeckend und ausgiebig im Gebrauche; die Säuglinge gedeihen bei seiner Anwendung ganz vorzüglich.

Ein delikates Abendessen — ohne grosse Kosten, äusserst nahrhaft und von leichter Verdaulichkeit — bilden heisse Würstchen beliebiger Art zusammen mit einer der neuen, sofort fertigen

Jeden Tag eine andere feine, anregende Sauce!

Überall erhältlich!

Abwechslungsreiche, gute, billige Küche!

382 **Rotti-Saucen**

Alleinige Erfinder und Hersteller: Houssedy & Schwarz, Rotti-Gesellschaft m. b. H., München.

Auch älteste Fabrik der echten, anerkannt ersten Rotti-Bouillon-Würfel, Suppen-Würfel u. Suppenwürze.

10 erlei Würfel à 10 Pfg.

Stadigarten Karlsruhe.

Donnerstag, den 15. Mai. ds. Jrs., nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr

Anlässlich des Prinz Heinrich-Fluges

Konzerte

ausgeführt von der vollständigen Kapelle des 1. Bad. Leibgrenadier-Regiments Nr. 109.

Leitung: Musikmeister Walter Bernhagen.

In Verbindung mit dem Abendkonzert

Gartenfest

Festliche Besichtigung des Wirtschaftsplatzes, der Anlagen und des Sees.

Eintritt:

Inhaber von Stadigarten-Jahreskarten und von 982 Kartenbesten 30 Pfg.

Sonstige Personen: 60 Pfg.

Soldaten und Kinder die Hälfte

Die Konzertabonnementskarten haben Giltigkeit.

Für das Nachmittags- und Abendkonzert wird nur einmaliges Eintrittsgeld erhoben. Musik-Programm 10 Pfg.

Die Eintrittskarten berechtigen nur zum einmaligen Eintritt. Bei schlechtem Wetter fallen beide Veranstaltungen aus.

Motorbootfahrt nach Plittersdorf.

Am Freitag, den 16. Mai 1913 findet die

1. Motorbootfahrt nach Plittersdorf

und zurück statt.

Abfahrt vom Landeplatz am Nordseeufer pünktl. 7 Uhr vormittags.

Ankunft in Plittersdorf gegen 10 Uhr vormittags.

Abfahrt um 11 981

Ankunft in Karlsruhe gegen 12 1/2 „ nachmittags.

Die Beförderungsbedingungen können bei uns erfragt werden.

Städtisches Hafenamts Karlsruhe.

Fernsprecher Nr. 91 und 864.

Zentralverband der Fleischer u. Berufsgenossen Deutschlands.

Zahlstelle Karlsruhe.

Am Samstag abend 8 Uhr be-

ginnend und Sonntag, den 18. Mai

findet in der „Wacht am Rhein“,

Ede Garten- und Ritterstraße

Preisregeln

statt, mit nur wertvollen Preisen. 979

Hierzu sind alle Regelfreunde höflichst eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Arbeiterinnen Büglerinnen

zum sofortigen Eintritt gesucht. 925

Dampfwaschanstalt August Pfüzner,

Karlsruhe-Rüppurr, Langelstraße 2.

Elsässer Restegeschäft

Viktoriastrasse 10 III 791

empfiehlt Reste aller Art in

Wasch- u. Wollstoffen, Blusen, Kostüme, Gardinen,

Stores, Bett-, Leib- u. Tischwäsche, Zefiers.

Einzig am Platze. Besuch sehr lohnend.

Das Luft- u. Sonnenbad

in Karlsruhe, am Dammerstockweg, südlich des neuen

Hauptbahnhofs mit neuem grossen Fussball- und Sport-

platz (ca. 12000 qm Fläche) ist täglich von 6 1/2 Uhr

vormittags bis Eintritt der Dunkelheit geöffnet. 872

Bruteier

von nachbezeichnetem Rassegeflügel werden abgegeben:

Hellfarb. Suisser, rote Rhode Islands, weiße und Gold-

Whandottes, rotgefärbte Yokohama, Preis per Stück 40 Pfg.;

dunkelgelberbarte Plymouth-Rocks, gelbe Italiener, Chamois-

Paduaner, gelbe Orpington, Preis per Stück 30 Pfg.;

schwarze Minorca, Gold-Schright Baatam, Hamburger

Goldsprenkel, Hamburger Silberlack, Preis per Stück 25 Pfg.;

reihunfarb. Italiener, weiße Italiener, schwarze Bantam,

Preis per Stück 20 Pfg.;

Welling, Rouen, bunte und weiße Wisam- und indische

Lauf-Enten, Preis per Stück 25 Pfg. 5289

Verfand nur gegen Nachnahme.

Für Verpackung bis zu 12 Stück werden 50 Pfg. berechnet.

Städt. Gartendirektion.

Solange Vorrat. Grosse Posten

Wasch-Stoffe

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Musselin-Imitat	nur neue diesjährige Dessins, Bordüren, Tupfen etc., hierunter Ia. Elsässer Qualität, Mtr.	50,-	40,-	35,-
Zephir-Imitat	gute waschechte Qualitäten, uni oder gestreift, für Hauskleider, Röcke, Blusen etc. Mtr.	68,-	45,-	35,-
Kleider-Leinen	kräftige, äusserst haltbare Qualitäten, weiss, beige oder farbig Mtr.	1.50	1.25	95,-
Kleider-Satin	vorzügliche Qualitäten mit hohem Seidenglanz, besonders geeignet für solide Hauskleider Mtr.	85,-	60,-	
Knaben-Satin	ca. 80/82 cm breit in schönem klarem Druck, helle und dunkle Muster für Anzüge, Blusen etc. Mtr.	95,-	68,-	
Reinwollene Musseline	bewährte elsässer Qualitäten, neue Punkt-, Streifen- und Fantasiedessins Mtr.	1.20	95,-	

Besonders preiswert!

4 Serien Schweizer Stickereistoffe			
ca. 120 cm breit			
Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
1.80	2.50	3.90	4.90

Besichtigen Sie bitte unser Schaufenster! 978

Schmoller.

Lüchtiger Großtuch-Schneider sucht für dauernd 948 C. Dietrich, 126 Kaiserstraße 126.

Jeder Dame, welche ihr ausgefallenes Haar einendet, fertige schöne Köpfe, Haarketten, Puppenperücken usw. billigt an. Defekte Haararbeiten repariere billig. Karl Mösch, Friseur, Aue bei Durlach. 75

Wer Geld sparen will der kaufe seine getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Werkzeug nur in dem An- u. Verkaufsgeschäft von Arnold Schay, Zähringerstraße Nr. 35. 28

Friseur-Coilette 3 teilig, 3 Spiegel, 2 Stühle, ein schöner Waschtisch, alles tadellos erhalten, ist für 275 M. zu verkaufen. 986 Luisenstraße 36.

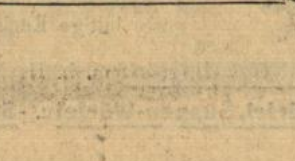
Verkaufe fortwährend gut erhalt. Herren- und Frauenkleider, gut gemachte Schuhe, Stiefel in eigener Schuhmacherwerkstatt. 10 Fran Streckfuß Durlacherstraße 79.

Fahrrad gut erhalten, sehr billig abgegeben. Gerwigstr. 43, 5. St. rechts.

Kinderliegwagen fast noch neu, ist billig zu verkaufen. Werberplatz 42, 4. Stod.

Marienstr. 92, part. rechts ist ein schön möbliertes Zimmer zu vermieten.

Kinder-Kleidchen für Knaben und Mädchen kaufen Sie billig und gut im Kaufhaus Zapf, Zell a. H. Ein Besuch lohnt immer.



Spanische Weinhandlung von Jaime Miro empfiehlt ihre garantiert naturreinen Weine Rotwein von 60 Pfg. per Liter an Weisswein von 70 Pfg. per Liter an ff. Süs- und Dessertweine Cognacs und Liköre. Verkaufsstellen: Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstraße 20. 27

Quieta! Nährsalzreicher Kaffee-Ersatz - Paket 70 Pfg. - Krafttrunk (Nährsalz-Kaffeeersatz) Dosen Mk. 1.- und Mk. 2.- Das tägliche Getränk vieler Tausende! Es gibt nichts Besseres! Verlangen Sie nur: Marke Quieta in Drogen- und Kolonialwarengeschäften Wo nicht erhältlich, schreiben Sie an: Quieta-Werke, Bad Dürkheim. 62

Apfelwein 1912er, garantiert naturrein, aus feinsten Äpfeln gefeilter, kauft man per Liter von 22 Pfg. an am besten bei J. Ostelmann, Herrenstr. 12. Fernsprecher 537. Fässer werden leihweise abgegeben.

Schöne Waschkommode mit Marmor 80 M., großen zerlegbaren Schrank 22 M., gutes halbranz. Bett, Sofa, Kommode, Zimmer- und Küchentisch, Wasch- und Nähtisch billig zu verkaufen. 987 Ludwig Wilhelmstr. 18, Hof.

Brennholz Dachsparren, Balken etc. billig zu verkaufen. D. Mannherz Ww., Rüppurrerstraße 100. 985 Werberplatz 31, schön möbl. Parterrezimmer sofort zu vermieten. Näheres Erdb. 3. St.

Pfannkuch & Co

- Seigwaren und Dürrobst:
- Bruch-Maccaroni 28 Pfg.
- Maccaroni offen die 30 Pfg.
- dünn 36 Pfg.
- Feinste Maccaroni - nur in Paketen - Italiener I. 38 Pfg.
- 1/2 Pfd.-Paket 42 Pfg.
- Afrique 42 Pfg.
- 1/2 Pfd.-Paket 50 Pfg.
- Zaganroc 50 Pfg.
- 1/2 Pfd.-Paket 60 Pfg.
- Gierstifte 60 Pfg.
- 1/2 Pfd.-Paket 60 Pfg.
- Gemüse-Rudeln breite Hausmacher Pfd. 32 Pfg. an
- Feinste Hausmacher - nur in Paketen - 1/2 Pfd.-Paket 36 Pfg.
- Eier-Hausmacher - nur in Paketen - 1/2 Pfd.-Paket 42, 50 und 60 Pfg.
- 1/2 Pfd.-Paket 21, 25 und 30 Pfg.
- Zwetschgen Pfd. 26 Pfg. an
- Feinste Pflanzzwetschgen - in Paketen - 1/2 Pfd.-Paket 40 u. 60
- Zwetschgen ohne Stein Pfd. 60 Pfg.
- Kranzseigen Pfd. 28 Pfg.
- Birnschnitze Pfd. 25 Pfg.
- Feinste ganze Birnbutzel Pfd. 30 Pfg.
- Dampfpfäfel Pfd. 45 Pfg.
- Californische Pfirsiche und Birnen 6786 Pfd. 60 Pfg.
- Aprikosen Pfd. 70 u. 1.-
- Datteln Pfd. 35 Pfg.
- Mischobst - sehr beliebt - Pfd. 40 u. 50 Pfg. ohne Stein 60 Pfg.

Pfannkuch & Co

C. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen